

# GRAZER Stadtblatt

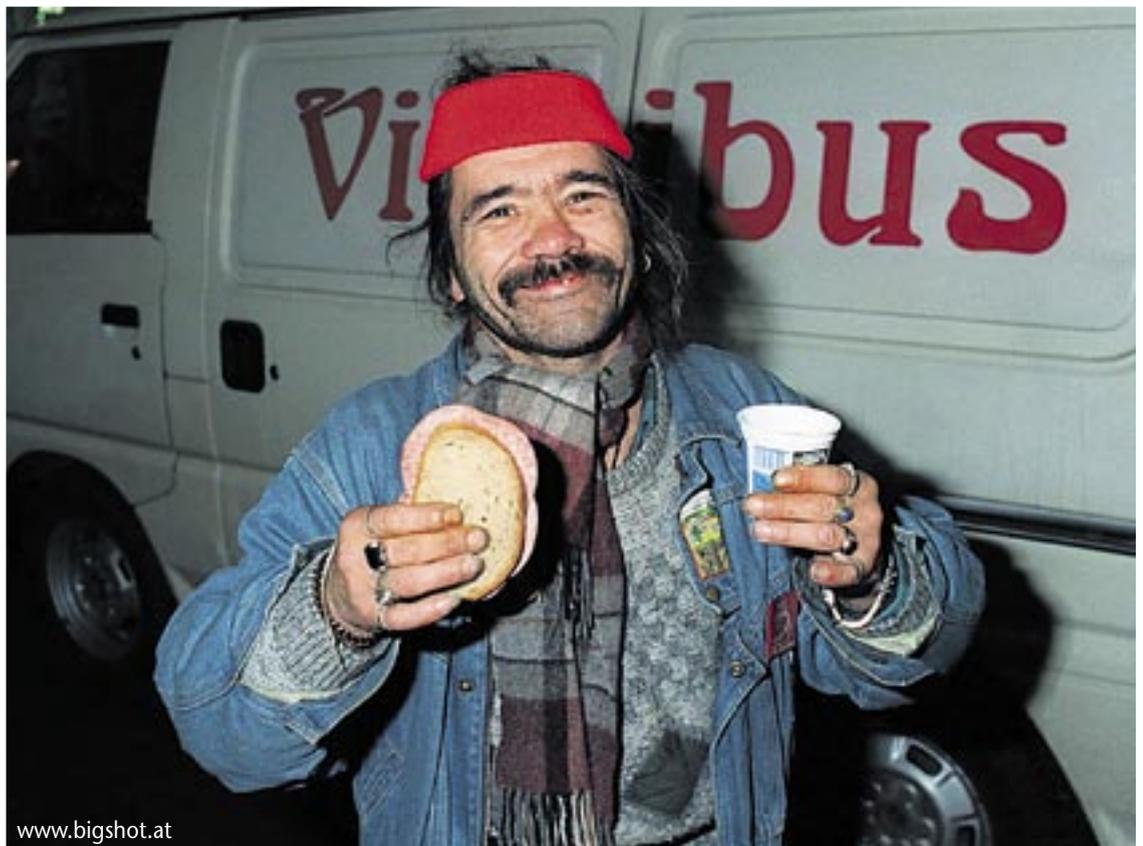
www.kpoe-graz.at

Ausgabe 05, November 2006 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der **KPO** Graz

## Heizkosten-Wahnsinn Ein teurer Winter steht vor der Tür

Der Gaspreis wird im Dezember erhöht, der Preis für Pellets hat jenen von Heizöl fast eingeholt. Dazu kommen hohe Kosten für Sprit, Essen und Wohnen. Für viele Menschen bringt das enorme existenzielle Probleme. *Seite 8*



www.bigshot.at

Kalt wird es und ungemütlich für Menschen, die es nicht so gut getroffen haben. Und während es sich die einen in ihren vier Wänden gemütlich machen, sind andere auf Hilfe von Vinzidorf, Vinzibus oder Caritas angewiesen, um die Winterzeit einigermaßen unbeschadet zu überstehen.

GEFAHR GLÜCKSSPIEL:

**Ex-Spieler erzählt  
von Spielhölle**

STADT GEKLAGT:

**SPÖ-Altpolitiker  
wollen mehr Geld**

WINTERDIENST:

**Weniger Streusplitt  
für eine bessere Luft**

**KPO**

**ELKE KAHR**

*aufrichtig*

*sozial*

*unverwechselbar*

www.kpoe-graz.at



„Kommen Sie ins Casino, machen Sie Ihr Spiel“, lautet der Lockruf des Geldes. Viele erliegen ihm, viele leiden darunter.

## AUS DEM LEBEN EINES GLÜCKSSPIELERS „Durch Spielhö

Ein Ex-Spieler berichtet von den dramatischen Auswirkungen der Spielsucht, gegen welche die KPÖ mobil macht. Sie kämpft im Landtag für eine Standortabgabe für Spielautomaten. Das Ziel: Das Leid von Suchtkranken und deren Familien verringern.

Las Vegas liegt in Graz, in Bruck, in Liezen, in Leibnitz, wie unlängst in einer südsteirischen Gratis-Gazette zu lesen war. Tatsächlich finden sich in der Grazer Annenstraße oder der Leibnitzer Grazer Gasse unzählige Wettbüros, die ihren Gästen ein El Dorado versprechen – die sagemumwobene Goldene Stadt in Südamerika. Die Szene hat sich in fast allen steirischen Städten etabliert. Die KPÖ will dem durch eine höhere Lustbarkeitsabgabe und Standortabgaben einen Riegel vorschieben.

Längst muss man nicht mehr in die US-Spielmetropole Las Vegas pilgern, wenn man sein Geld verzocken will. Quer durch die Steiermark sprießen Glücksspielcafés aus dem Boden. Dazu kommen das Internet und nun die Vorgaben der EU, die den Glücksspielmarkt frei geben will für noch mehr Möglichkeiten, die Menschen in die Spiel- und Schuldenfalle zu locken. Obwohl immer öfter Verbrechen im Zusammenhang mit Wettcafés in den Medien vorkommen. Obwohl tausende Steirer, zehntausende Österreicher an der Spielsucht leiden. Für Franz E. ein Skandal. Der 54-jährige Südsteirer litt selbst an der Spielsucht und fand mühevoll den Weg zurück ins „normale Leben.“

### TEILERFOLG

Die KPÖ kämpft für eine Standortabgabe für Spielautomaten – im Landtag und im Gemeinderat. Dort fiel der Antrag von Mandatar Georg Fuchs bei Bürgermeister Siegfried Nagl auf fruchtbaren Boden. Der kennt nämlich selbst Betroffene und will sich beim Bund für eine derartige Abgabe stark machen.

### 384.000 Schilling in zwei Stunden weg

„Ich bin selbst durch die Hölle marschiert“, erinnert sich E., „hatte Schulden bei sieben Banken, obwohl ich bis zu 18 Stunden pro Tag gearbeitet habe“. 15 Jahre lang verspielte er Unsummen – ganz am Ende seiner Spielerkarriere noch 384.000 Schilling, in zwei Stunden, im Casino von Szombathely. Denn in den österreichischen Casinos ließ sich E. in einem Anfall von Erkenntnis selbst lebenslang sperren. „Als mein Sohn zur Welt kam, dachte ich nach einem Casino-Besuch, was ich für Hund bin, dass ich nicht einmal mehr ein Flascherl für mein Kind kaufen kann“, erinnert sich der Südsteirer mit Tränen in den Augen, „meine Frau stand da zum Glück zu mir“.

E. hat nie aufgehört, die Szene zu beobachten: „Es trifft fast immer die armen Menschen, die beim Glücksspiel ihr letztes Glück versuchen und es dort natürlich nicht finden.“ Und er erzählt von einem bekannten Landwirt, dessen 30-Hektar-Landwirtschaft dem Glücksspiel zum Opfer fiel.

Besonders gefährlich ist für ihn das kleine Glücksspiel, das längst kein kleines Spiel mehr ist. Vom Gesetz her auf 36 Cent pro Spiel

# Ile marschiert"

limitiert, lässt die Automaten-Elektronik wesentlich höherwertige Spiele zu. „Die Geräte haben einen Einschub, in den die meisten Spieler 100-Euro-Scheine stecken“, erzählt E., „stellt man die S-Stufe ein, wächst der Einsatz auf 4,50 Euro pro Spiel, bei der ‚blauen S-Stufe‘, im Spieler-Jargon die Viagra-Stufe, sogar auf neun Euro. Und während man kostenlos Getränke konsumieren kann, verliert man in einer Zigarettenlänge 1000 Euro. Da muss man gar nichts mehr machen, weil die Maschine spielt, bis der Einsatz weg ist“.

## Wer spielt, verliert

E. schätzt, dass die Gewinnchance bei rund 35 Prozent liegt.

Wer also 1000 Euro einsetzt, bekommt im Schnitt 350 Euro zurück – der Rest bleibt beim Automatenbetreiber. Das scheint schlüssig, wenn man die Internet-Diskussion zu höheren Abgaben für Wettcafés betrachtet, welche ein ORF-Bericht über die KPÖ-Initiative ausgelöst hat. „1800 Euro pro Jahr sollen die Automatenaufsteller

zahlen müssen? Oh, welch Schock für die. Ein Freund von mir hackelt in einem Wettcafé und die machen 1800 Euro pro Automaten zeitweise an EINEM TAG!!!“, so der User bermuda.

Der Wunsch Geld zu haben, aus welchen Gründen auch immer, ist menschlich. In einem Wettcafé das große Glück zu finden, gleicht allerdings einem Lotto-Sechser. El Dorado, den Mythos vom großen Gold und Geld, suchen schon die spanischen Konquistadoren vor rund 500 Jahren vergeblich.

Das sollte heute allen ei-

ne Lehre sein. Dennoch zieht es zu viele zum Glücksspiel. KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger: „Neben der auffallend hohen Krimi-

nalität im Dunstkreis der Wettcafés sind viele Familien betroffen, die durch spielsüchtige Angehörige alles verloren haben. Wir wollen diesen Menschen und ihren Familien helfen. Es ist aber nicht einzusehen, dass die öffentliche Hand alles bezahlen muss, während die Kasse bei den Verursachern weiter klingelt.“

„Als mein Sohn zur Welt kam, dachte ich mir, was ich für ein Hund bin, weil ich ihm nicht einmal ein Flascherl kaufen kann.“



Franz E. bei Ernest Kaltenegger. Der Ex-Spieler erzählt von der krankhaften Spielsucht und vom schweren Weg zurück. „Ich bin so froh, dass sich endlich jemand dieses Problems annimmt“, sagt er.

## MEINUNG

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr:

### Sparsamkeit muss oben beginnen



foto furgler

Die Bevölkerung unserer Stadt ist seit Jahren mit Belastungen und Kürzungen konfrontiert, sie treffen Sozial- und Kulturinitiativen und stellen langfristig viele Aufgaben in Frage, die für ein gutes Zusammenleben einfach notwendig sind.

Wenn es beim Sparen aber um ihre eigenen, hochdotierten Posten geht, sind die Spitzenpolitiker von ÖVP und SPÖ in Graz schon lange säumig. Beide Parteien verhandeln nämlich schon seit Jahren über ein „Demokratiepaket“. Genau in dieser Zeit hat man aber neue Dienstautos gekauft, das Bürgermeisterbüro um viel Geld erneuert und einige neue politische Posten geschaffen.

Die KPÖ tritt schon seit Jahren für die Reduktion der Zahl der Stadtsenatsmitglieder von 9 auf 7 ein. Diese Forderung ist rasch umsetzbar und bringt eine deutliche Ersparnis bei den Kosten. Übrigens müssten wir heute nicht mehr über die Reduzierung im Stadtsenat

diskutieren, wenn die FP im Jahr 1998 dem Vorschlag von Ernest Kaltenegger zugestimmt und eine Abspeckung von neun auf sieben Stadträte,-innen akzeptiert hätte.

Was die Zahl der MitarbeiterInnen in den politischen Büros angeht, zeigen die KPÖ-Stadträtinnen und der Gemeinderatsklub der KPÖ, dass es auch unter den jetzigen Bedingungen möglich ist, Spargesinnung zu zeigen. Darüber hinaus treten wir für eine deutliche Senkung der Politikerbezüge ein und bekräftigen unsere prinzipielle Haltung, dass die Minderheitenrechte für alle Gemeinderatsfraktionen und die Bezirksdemokratie nicht eingeschränkt werden dürfen.

Auf keinen Fall darf es so sein, dass genau jene Leute, die von allen anderen verlangen, den Gürtel enger zu schnallen, bei sich selber darauf immer wieder vergessen.

Ihre Stadträtin Elke Kahr  
Tel. 872 2060  
[elke.kahr@stadt.graz.at](mailto:elke.kahr@stadt.graz.at)

## KLEIN, ABER MIT BISS



*So wie sich die ÖVP auf-führt, sollte sie die Politik lassen und Umsteigen aufs Herstellen von be-leidigten Leberwürsten.*

## INHALT

Weniger Streusplitt.....	4
SPÖ-Altpolitiker wollen mehr Geld .....	6/7
Heizkosten explodieren.....	8
Probleme an der Med-Uni .....	9
Straßenbahn zur Uni.....	10
Salome in Graz .....	11
Aus den Bezirken .....	12/13
Ein Tag mit Wohnungstadträtin Elke Kahr .....	14/15
Ausverkauf geht weiter .....	16
Problem Digital-TV .....	17
Arme Steiermark.....	18/19
2006 in aller Kürze .....	21
Das EU-Problem.....	24

DROGENPOLITIK

## Helfen statt verfolgen

Die Grazer KPÖ-Gesundheitsstadträtin Wilfriede Monogioudis tritt für eine realitätsnahe Drogenpolitik ein.



200 Mitarbeiter der Wirtschaftsbetriebe und Stadträtin Wilfriede Monogioudis machen mit 61 Fahrzeugen gegen Schnee und Eis in der Stadt mobil.



*Wieviele Drogenabhängige gibt es tatsächlich in Graz?*

**W. Monogioudis:** Die genaue Anzahl weiß niemand, da der Konsum im Verborgenen passiert. Die derzeitige Zahl wird auf rund 1.500 Personen geschätzt, die illegale Substanzen intravenös zu sich nehmen. Darunter sind jene, die im Stadtbild auffallen, als auch berufstätige und sozial integrierte Personen, denen man die Drogensucht nicht ansieht.

*Warum ist die Substitutionstherapie umstritten?*

**W. Monogioudis:** Medikamente wie Substitol haben vielfach herkömmliche Opiate verdrängt und werden wie diese Substanzen gehandelt und konsumiert. Es gibt Gerüchte, dass zahlreiche Minderjährige im Substitutionsprogramm wären – das ist aber nicht der Fall. Mit Substitutionsmedikamenten kann man die Voraussetzungen für einen Entzug verbessern, aber erzwingen lässt sich ein solcher nicht.

*Was muss die Politik tun?*

**W. Monogioudis:** Wir müssen dafür kämpfen, dass junge Leute Perspektiven entwickeln können, das ist die beste Präventionsmaßnahme. Eine drogenfreie Gesellschaft gibt es leider nicht. Wir müssen hinsehen und helfen statt verfolgen und verdrängen.

## WINTERDIENST 2006/2007

# Noch weniger Streusplitt

Auf der Hälfte des rund 800 km langen Grazer Straßennetzes kommt heuer kein Splitt mehr zum Einsatz. Insgesamt sparen die Wirtschaftsbetriebe damit 800 Tonnen Streusplitt ein und schonen die Umwelt und die Lungen der Grazer nachhaltig.

**F**euchtsalz statt Streusplitt – seit dem Winter 2005/06 wird in Graz der „differenzierte Winterdienst“ schrittweise eingeführt. Abhängig von Witterung und Bedeutung der jeweiligen Verkehrsfläche werden entsprechende Maßnahmen gesetzt.

Wichtigster Aspekt des differenzierten Winterdienstes ist das Verringern der Splittstreuung. Im vergangenen Jahr wurde ein großflächiger Probeversuch mit ausschließlicher Feuchtsalzstreuung durchgeführt. Das Versuchsgebiet wird im heu-

### VOLLER EINSATZ

**Der Winterdienst-Fuhrpark** der Wirtschaftsbetriebe umfasst heuer 61 Fahrzeuge; davon 28 mit moderner Feuchtsalz-Technologie. Für den kommenden Winter wurden 12 neue Fahrzeuge und zwei neue Winterdienst-Aufbauten um 1,6 Millionen Euro angeschafft. Die Salzlager-Kapazität wurde von 600 Tonnen auf 1.200 Tonnen verdoppelt.

rigen Winter schrittweise erweitert. Das Straßennetz, das künftig ohne Splittstreuung betreut wird, ist dann bereits rund 400 Kilometer lang!

„Graz ist mit dem differenzierten Winterdienst Vorreiter in Österreich. Wir entwickeln dabei eine ökologisch sinnvolle Strategie, indem wir schrittweise den Einsatz von Streusplitt reduzieren“, sagt Stadträtin Wilfriede Monogioudis, „stattdessen wird Feuchtsalz, das in seiner Ökobilanz sogar besser als Splitt abschneidet, ausgebracht“.

Ab Anfang Dezember er-

halten die Wirtschaftsbetriebe neue Fahrzeuge, mit denen in einem erweiterten Gebiet ausschließlich Feuchtsalz statt Streusplitt gestreut werden kann. Im „splittfreien Bereich“ liegen die Bezirke Innere Stadt, St. Leonhard, Jakomini, Gries, Puntigam und Liebenau sowie Teile von St. Peter, Geidorf, Lend und Straßgang. **Achtung: Diese Maßnahmen beziehen sich immer nur auf Fahrbahnen, nicht jedoch auf Gehsteige. Für die sind weiterhin die Eigentümer zuständig.**

**W**ieviel Streumaterial eingesetzt werden muss, ist naturgemäß vom Wetter abhängig. Die Splitt-Einsparung im Winter 05/06 machte immerhin 500 Tonnen Streugut aus. Im heurigen Winter erwarten die Wirtschaftsbetriebe eine Verringerung um weitere 300 Tonnen Splitt. Macht insgesamt 800 Tonnen Streusplitt weniger als noch vor zwei Jahren.

## WOHNEN AM KASERNENGRUND

# Mehr Gemeindewohnungen: Der Bund ist jetzt am Zug

Zwei Grazer Kasernen werden zugesperrt – auf den Grundstücken sollen neue Gemeindewohnungen entstehen. Das gehört für die KPÖ ins Programm der neuen Bundesregierung.

**G**raz braucht mehr Gemeindewohnungen – und das soll nun mit Hilfe des Bundes Wirklichkeit werden. Grundstücke für den Bau derartiger Wohnungen gibt es bei der Kirchner- und der Hummelkaserne; beide werden vom Bundesheer aufgelassen. Mehr als 5.000 Grazer haben die KPÖ-Petition unterschrieben und auch der Gemeinderat ist dafür, dass diese Kasernengrundstücke der Stadt günstig überlassen werden.

Wohnungsstadträtin Elke Kahr hofft nun auf die neuen Verhältnisse im Bund: „Im Programm der neuen Bundesregierung soll verankert werden, dass der Bund leer stehende Kasernengrundstücke den Gemeinden, so auch der Stadt Graz, günstig zur Verfügung stellt, um dort leistbare Gemeindewohnungen errichten zu können.“ Denn hunderte Menschen stehen auf der Warteliste des Wohnungsamtes. Außerdem denkt die KPÖ an Kinderbetreuungseinrichtungen, Nahversorgung, Arbeitsplätze und großzügige Grünanlagen – an ein attraktives Ensemble am Kasernengrund.

Die nun zur 1. Nationalratspräsidentin aufgestiegene SPÖ-Politikerin Barbara Prammer hat das Ansinnen noch im Sommer wohlwol-



lend zur Kenntnis genommen. Kein Wunder also, dass Grünlandschützer in Salzburg ebenfalls fordern, dass Grundstücke des Bundesheeres in der Stadt nicht an Spekulanten „verschербelt“, sondern für leistbaren Wohnbau genutzt werden. In Tirol haben KPÖ und SPÖ diese Idee aufgegriffen.

**E**lke Kahr: „Zuletzt hat der zuständige ÖVP-Verteidigungsminister Platter dieses Ansinnen blockiert. Ihm war die Finanzierung der Eurofighter wichtiger. Unter den neuen politischen Bedingun-

gen sollte es aber zu einem Umdenken kommen. Die KPÖ wird jedenfalls weitere Initiativen starten, damit es in Graz mehr Gemeindewohnungen mit erschwinglichen Mieten gibt.“ Wohnungsstadträtin Elke Kahr will bis 2007 die Weichen für 500 neue Wohnungen stellen.

Beim Bundesheer denkt man daran, die Hummelkaserne ab Sommer 2007 zu räumen. Allerdings sei man bestrebt, einen „möglichst hohen Verwertungserlös“ zu erzielen. Verhandlungen mit der Stadt sind geplant.

## Neues Wohnrecht:

## Mieterschutz ausgehöhlt

Nur wenig wird durch die seit Oktober gültige Novelle des Mietrechts verbessert.

Die neue Wohnrechtsnovelle bringt einige Änderungen, freilich überwiegend zum Nachteil der Mieter. Nur zwei Änderungen verdienen die Bezeichnung „mieterfreundlich“.

Mieter/innen haben nun gegenüber dem Vermieter einen Ersatzanspruch für die

Erneuerung von schadhaften Heizthermen und Warmwasserboilern. **WICHTIG:** Rechnung aufbewahren! Die Aufkündigung eines Mietvertrages durch den Mieter kann nun auch schriftlich erfolgen. Vermieter müssen hingegen weiterhin gerichtlich kündigen.

Die Erhaltungspflicht des Vermieters umfasst nun auch die Beseitigung erheblicher Gefahren für die Gesundheit der BewohnerInnen, sofern sich diese Gefährdung nicht durch andere, zumutbare Maßnahmen abwenden lässt. Bleibt der Vermieter nach Ablauf eines befristeten Mietvertrages untätig, verlängert

sich das Mietverhältnis zunächst auf weitere drei Jahre. Die Unbrauchbarkeit einer Wohnung (etwa durch die fehlende Erdung in Nasszellen) führte bisher zu einer sofortigen Mietzinsreduktion. Ab jetzt muss der Mieter die Unbrauchbarkeit „rügen“.

Dazu gibt es weitere Ausnahmen vom Anwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes – besonders bei Zubauten und Dachbodenausbauten. Das Angebot jener Wohnungen wird größer, für die es – außer den Wucherbestimmungen – keine Mietzinsobergrenzen mehr gibt.

### HUMMELKASERNE

**Das Gelände** der Hummelkaserne wird erstmals 1821 als Munitions- und Fahrzeugdepot verwendet. 1934 geht das gesamte Areal in Privatbesitz über. 1940 kauft die Wehrmacht das heutige Areal als „Heeresnebenzeugamt“.

1945 zogen britische Soldaten ein, danach bis 1965 diverse Firmen. 1957 kommt das Bundesheer in die „Roseggerkaserne“, die 1967 zur Hummelkaserne wird. Fast alle Gebäude entstehen in den 60er-Jahren.

Bis 2006 Nutzung als Logistikzentrum; 150 Personen arbeiten am Gelände.



Für neue Gemeindewohnungen auf Kasernengrund.

Graz braucht mehr Gemeindewohnungen. Packen wir's an!



## 2007: Zuwenig Erhöhung für Pensionisten

Um nur 1,6 Prozent oder maximal 30,72 Euro sollen die Pensionen 2007 erhöht werden. Eine KPÖ-Initiative für eine größere Erhöhung wurde vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Ein Raubzug gegen den Lebensstandard der älteren Generation ist geplant: Die Pensionen sollen 2007 unter der Teuerungsrate um nur 1,6 % oder maximal 30,72 Euro erhöht werden! Heuer waren die Pensionen immerhin um 2,3 % angehoben worden. Im Gegensatz dazu warten auf Wolfgang Schüssel, Elisabeth Gehrler und Co Pensionen in der Höhe von 12.000 Euro! Für die KPÖ ist das ein Hohn gegenüber den Pensionisten. Ein dringlicher Antrag der KPÖ nach einer größeren Erhöhung wurde vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

„Die geplante Pensionserhöhung liegt weit unter der Inflationsrate, während es bei Grundnahrungsmitteln und beim Wohnen kräftige Preissteigerungen gibt“, kritisiert der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder. „Ich sehe in meiner täglichen Arbeit, wie schwer es für viele ältere Menschen ist, mit dem Geld auszukommen. Allein die Mieten sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen: Von 2001 bis 2005 um 16 Prozent und damit doppelt so stark wie die Inflationsrate“, ergänzt Wohnungsstadträtin Elke Kahr.

# GRAZER ALTPOLITIKER KÖNNEN NICHT GENUG Bei Politgehalt ist Schluss

Trotz Pensionen von bis zu 14.000 Euro pro Monat wollen Altpolitiker nun nicht einmal den Mini-Solidarbeitrag zahlen, den es seit 2004 gibt. Die Stadt weist Protest ab, nun droht die nächste Klage.

Da bleibt einem glatt die Spucke weg: Bis zu 14.000 Euro pro Monat bekommt so mancher Grazer Altpolitiker als Bruttopension. Kein Wunder, dass Stadt und Land Probleme mit dem Bezahlen der Pensionen haben. Im Oktober 2004 hat das Land den „Solidarbeitrag“ eingeführt. 4,7 bis 11,7 Prozent der Politikerpension macht er aus – je nach Höhe des Anspruches. Dazu kommen 3,3 Prozent zur Pensionssicherung. Diese insgesamt maximal 15 Prozent wollen einige Grazer Altpolitiker nun per Gericht zu Fall bringen.

### Kaltenegger: Es geht auch ganz anders

Das ein Politikeramt nicht mit Abkassieren verbunden sein muss, zeigt der Chef des KPÖ-Landtagsklubs Ernest Kaltenegger:

Er hat auf die ihm zustehende Politiker-Abfertigung als Gemeinderat von 25.000 Euro zu Gunsten der Stadt ebenso verzichtet wie auf alle Ansprüche aus seiner Stadtratszeit. Er bekommt lediglich den gesetzlichen ASVG-Betrag. Diesen hat die Stadt unlängst bezahlt, was von einem Gratisblatt völlig missverständlich dargestellt wurde.



War es bislang der Ex-FPÖ-Bürgermeister Alexander Götz, der um jeden Cent im prallen Börsel kämpfte, so sind es nun zwei Ex-SPÖ-Politiker, die nicht genug bekommen können, wie die Zeitung „Österreich“ unlängst meldete. Sie haben die Solidarabgabe beeinsprucht – im Rathaus geht man von einem Rechtsstreit bis zum Höchstgericht aus, denn die Berufungskommission hat das Ansinnen der Altpolitiker abgelehnt.

Die Stadt hat mit ihren Altpolitikern immer wieder Ärger. Besonders tat sich der bislang einzige FPÖ-Bürgermeister Alexander Götz hervor. Götz bekommt eine 14.000-Euro-Bombenpension, die schon 1984 im Rahmen einer Bezügereform von damals rund 13.000 Euro auf 8.700 Euro pro Monat gekappt werden sollte. Götz ging vor Gericht, die Stadt musste 1,5 Millionen Euro

an Altpolitiker nachzahlen; 560.000 Euro gingen an den FPÖ-Senior.

### Ansehen von Leichenwäschern

„Götz hat einmal behauptet, dass die Politiker das Ansehen von Leichenwäschern im Mittelalter hätten. Er selbst leistet einen großen Beitrag dazu, dass ihr Ansehen weiter sinkt“, meinte

### RIESEN PENSIONEN

A. Götz (FP): 14.000 Euro  
Alfred Stingl (SP): 8.900 Euro  
Karl Stoiser (SP): 7.890 Euro;  
Alfred Edler (SP): 7.600 Euro;  
Helmut Strobl (VP), Karl L. Scherer, Ferdinand Sapper (SP): 6.800 Euro;  
Norbert Matzka (FP): 6.100 Euro;  
Franz Kaufmann (VP): 5.980 Euro;  
Walter Gotschacher (SP): 5.760 Euro;  
Ruth Feldgrill (FP): 4.800 Euro.  
Alles brutto pro Monat.

## BEKOMMEN

# mit Solidarität



Zu den Spitzenverdienern zählen die Berufspolitiker im Rathaus – auch in der Pension. Dennoch pfeifen zwei SPÖ-Altpolitiker auf die Solidarabgabe.

KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger 2002, als es wieder Probleme um die Politpensionen gab. Götz erkämpfte damals noch einmal 200.000 Euro.

„Die Politiker haben seinerzeit jene Privilegien selbst beschlossen, die Götz vor Gericht eingeklagt hat. In

einer Zeit der Pensionskürzungen und der Angriffe auf das gesamte Pensionssystem ist diese Vorgangsweise besonders empörend.“ Götz ist übrigens noch immer Ehrenbürger der Stadt Graz; so wie sein damaliger SPÖ-Prozesskollege Alfred Edler.

## KPÖ für moderne Bezirksämter

„Der Zick-Zack-Kurs eines Walter Ferk in der Frage der Zusammenlegung der Bezirksämter ist wahrscheinlich nicht nur für mich nicht mehr nachvollziehbar“, kommentiert Herbert Wippel, Sprecher der KPÖ-Bezirksräte, die plötzliche Einigung zwischen ÖVP und SPÖ. „Nach welchen Kriterien hier vorgegangen wird bleibt ebenso im Dunkeln wie die Ergebnisse, die dabei erzielt werden sollen. Warum besteht eine Notwendigkeit für die bevölkerungsreichsten Bezirke (Jakomini, Gries,

Lend) zusammenzulegen, nicht aber für Mariatrost oder St. Peter? Die KPÖ bleibt auf ihrer Linie: Ausbau und Modernisierung der bestehenden Bezirksämter und die Übertragung neuer Aufgaben,“ meint dazu der KPÖ-Politiker. Zur Abschaffung des zweiten Bezirksvorsteher-Stellvertreters sagt Wippel: „Das ist sinnvoll und wird von uns voll unterstützt. Das forderten wir auch schon als noch nicht die Mehrzahl der zweiten Bezirksvorsteher-Stellvertreter von der KPÖ gestellt wurden.“

## AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

### Gebührenbefreiung

Ungerecht geht es seit 2003 in Sachen Gebührenbefreiung für Telefon, Rundfunk und Fernsehen zu. Denn befreit sind nur jene, die Beihilfen beziehen. Andere, die zwar einen Job haben, aber kaum mehr verdienen, als die Beihilfen ausmachen, müssen alle Gebühren berappen. Mit dieser Ungleichheit ist bald Schluss. Einstimmig beschlossen alle Parteien den dringlichen KPÖ-Antrag, wonach für mehr Gerechtigkeit gesorgt werden soll. „Viele Menschen leben trotz Arbeit an der Armutsgrenze. Da ist es unverständlich, dass die Gebührenbefreiung weiterhin an den Bezug von Beihilfen gekoppelt ist“, sagt KPÖ-Mandatarin Kirsten Felbinger.

### Hilfe für die Kunst

Für das Atelierhaus in der Monsberggasse gibt es seit Februar ein Mietmodell; bisher wurden nur Betriebskosten bezahlt. Grundsätzlich sind die Künstler mit einem Mietvertrag einverstanden. Aber die vorgeschlagenen Mieten scheinen wegen des Zustandes des Hauses nicht angemessen zu sein. Mit der

Hoffnung auf Hilfe wandte sich KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann an Kulturstadtrat Werner Miedl.

Besagtes Haus ist schon lange desolat. Die meisten Künstler haben notdürftig Verbesserungsmaßnahmen gesetzt. Trotzdem sind die Räume durchwegs feucht, es gibt immer wieder Wasserschäden, die Wasserversorgung ist öfters unterbrochen und die Lichtleitungen sind in einem bedenklichen Zustand.

### Gratis aufs Klo?

Als der Gemeinderat für die öffentlichen Toiletteanlagen eine Benützungsg Gebühr beschlossen hat, wurde das in erster Linie als eine „steuerbegünstigende“ Maßnahme dargestellt. Jetzt findet man in den öffentlichen Toiletteanlagen Hinweisschilder, die den Benützern eine Strafe androhen, sollten sie die Häuslgebühr nicht entrichten. KPÖ-Mandatarin Gerti Schloffer wandte sich also an Bürgermeister Siegfried Nagl, damit sich dieser für eine nettere Formulierung stark macht. Es geht darum, die Gastfreundlichkeit der Stadt Graz hervorzuheben.



**Aprilscherz-Reife.** Eine Treppe um 600.000 Euro könnte schon bald auf den Plabutsch führen, wenn es nach den Stadträten Detlev Eisel-Eiselsberg und Gerhard Rüscher geht.

## ENERGIE GRAZ Strompreis steigt schon wieder an

Kunden der Energie Graz zahlen ab Jänner sieben Prozent mehr für den Strom. Schuld sei der Ökostrom.

Stromkunden der Energie Graz bekamen dieser Tage eine wenig erfreuliche Nachricht zugeschickt: Ab 1. Jänner erhöht die Energie Graz nämlich den Strompreis um sieben Prozent. Die Energie Graz hat zuletzt zu Jahresbeginn den Preis um fünf Prozent erhöht. Besser haben es da die Kunden der Steuweg/Steg: Dort denkt man bislang noch nicht offiziell über höhere Kosten für die Kunden nach.

Die Energie Graz gibt dem ins Netz eingespeisten Ökostrom (Wind, Solarkraft, Biomasse, Klärgase) die Schuld an der Erhöhung. Eine Kilowattstunde kostet ab Jänner 0,58 statt wie bisher knapp 0,2 Cent Aufpreis. Das heißt: Der Aufpreis für Ökostrom wird verdreifacht! Der Anteil des eingespeisten Ökostroms ist für Kunden nicht beeinflussbar. Der Preis wird von der Regulationsbehörde E-Control festgelegt, heißt es bei der Energie Graz.

Anders bei der Estag (Steuweg/Steg): Dort hat man noch keine Strompreiserhöhung geplant, man wolle vorerst den Markt beobachten.

### Sozialratgeber der KPÖ

Die von Edeltrud Ulbl-Taschner erstellte Broschüre kann bei der KPÖ-Graz in der Lagergasse 98a bezogen werden.  
Tel 73 73 82 oder 872 2151.



## DIE HEIZKOSTEN EXPLODIEREN

# Ein Kalter Winter droht

Kälte leiden steht in diesem Winter vielen ins Haus. Im Schlepptau der Erdöl- und Treibstoffpreise explodieren die Heizkosten. Öl, Brennholz, Gas, Strom und Fernwärme sind teuer wie nie zuvor. Heizkostenzuschuss bleibt erhalten.

Brennstoffe werden immer teurer, Heizen wird unerschwinglich. Heizöl wird zum Luxusgut, Fernwärme ist sowieso nicht billig und der Gaspreis wird im Dezember um stolze sieben Prozent angehoben. Besonders ärgerlich sind die Preissteigerungen bei Holzpellets, betont KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger. In Österreich liegt der Anteil von Pelletheizungen bei Neubauten bei rund 35 Prozent.

Kaltenegger: „Die Betroffenen wurden mit dem Argument geködert, eine Pellet-Heizung würde sie unabhängig vom Ölpreis machen. Nun stellt sich heraus, dass die Preissteigerungen sogar über dem Öl liegen; ohne nachvollziehbaren Grund.“

Der Preis für Heizöl extraleicht stieg heuer zwischen Jänner und November um 12 Prozent und hält derzeit bei

etwa 72 Cent pro Liter. Bei Pellets hingegen stieg der Preis um 26 Prozent! Eine Tonne kostet nun rund 290 Euro; im Frühjahr waren es noch 178 Euro. Im direkten Vergleich entspricht eine Tonne Pellets um 290 Euro rund 454 Liter Heizöl um 327 Euro.

### Mini-Vorteil für Pellets

Die Pellets sind also noch im Vorteil. Neben dem Preis weisen sie im Vergleich mit Heizöl eine bessere Umweltbilanz auf. Dazu kommt, dass bei heimischen Pellets lange Transportwege entfallen.

Deshalb hat die KPÖ im Landtag schon im Juni darauf gepocht, das Land solle eigene Pelletieranlagen in strukturschwachen Regionen errichten, um preisregulierend im Interesse der Bevölkerung eingreifen zu können.

Diese Anlagen, die man in der von Landeshauptmann Franz Voves angekündigten Landesholding unterbringen könnte, würden auch neue Arbeitsplätze schaffen.

Davon haben die Steirer in diesem Winter allerdings noch nichts. Aber sie haben etwas vom Heizkostenzuschuss, der zuerst abgeschafft werden sollte. Auch Dank der KPÖ-Initiativen gibt es ihn nun wieder: Er macht 120 Euro für Öl- und 60 Euro für alle anderen Heizungsformen aus.

Beantragt kann der Heizkostenzuschuss bis 31. Dezember werden. Allerdings – im Gegensatz zum letzten Jahr – nur von Menschen mit geringem Einkommen, die keine Wohnbeihilfe-Neubeziehen. Die KPÖ ist der Meinung, dass auch Wohnbeihilfenbezieher den einmaligen Heizkostenzuschuss bekommen sollen und hat diesen Antrag eingebracht. Im letzten Jahr haben 25.000 Steirer Heizkostenzuschuss beantragt!



## ALTE 2er-LINIE NEU GEFRAGT

# Eine Straßenbahn zur Universität

Eine Straßenbahn vorbei an der Universität ist bei 3.000 Bediensteten und 20.000 Studenten gefragt. Der „2er“ sollte eigentlich 2008 schon fahren.



Eine Straßenbahn zur Universität – ein Wunsch vieler, den die KPÖ unterstützt.

Mit Wehmut denken immer mehr Grazer an den „2er“, der entlang des Glacis fuhr. „Geht man allein von der Zahl der rund 3.000 Bediensteten im Universitätsbereich aus, so ist die KF-UNI-Graz mit jedem Großbetrieb vergleichbar. Zusammen mit 20.000 Studenten ist das Verkehrsaufkommen höher, als bei den meisten Verkehrserregern in Graz und Umgebung“, sagt Dieter Kaltenbeck von den

Unabhängigen GewerkschafterInnen der Universität Graz.

„Nicht zuletzt deshalb bestätigt die Verkehrsplanung der Stadt Graz, dass es sich bei der Universitäts-Ringlinie um eine kostendeckende Ausbauvariante handeln würde“, ergänzt KPÖ-Gemeinderat Johann Slamanig. Die Stadtbaudirektion habe bereits im Jahr 1999 festgehalten, dass die 2. Ausbaustufe mit dem sogenannten

Uni-2er bis 2008 umgesetzt werden sollte.

„Die Anbindung der Universität an das Straßennetz wäre auch ein Zeichen der Wertschätzung der Stadt Graz ihrer größten Universität gegenüber und eine Aufwertung des Wissenschaftsstandortes. Warum soll eine Universität weniger wichtig sein als ein Einkaufszentrum?“, fragt Gewerkschafter Kaltenbeck.

„Das Projekt wäre schon

allein wegen der Feinstaub-Verringerung für die kommenden Jahre wichtig. Deshalb muss der Ausbauplan unbedingt eingehalten werden. Wir haben deshalb schon im Juli 2005 einen Antrag im Gemeinderat eingebracht, der die Sicherung der Vorbehaltsflächen und den Beginn der Detailplanung zu Inhalt hatte. Bisher blieb das leider ohne Folgen“, bedauert Gemeinderat Slamanig.

**KOMMENTAR**

## Findet Bürgerbeteiligung statt?

600.000 Euro kostet das erste große Projekt zur Bürgerbeteiligung mit dem schlaun Namen „Stadt findet statt“. Bürgerstadtrat Gerhard Rüscher will damit abklären, was den Bewohnern am Herzen liegt. Allein – der Andrang hält sich in Grenzen. Von rund 250.000 Grazern haben sich keine 300 dafür angemeldet.

Ob das am unschlagbar intelligenten Einladungstitel „Finden Sie Stadt“ liegt, sei dahingestellt. Der Punkt ist aber, dass niemand weiß, ob sich das Kopfzerbrechen letztendlich lohnt, ob in einem Jahr nach Ende der Werkstatt auch nur eine Idee umgesetzt wird. Denn Geld hat man dafür keines reserviert.

Stattdessen haben die Macher der Planungswerkstatt um Doris Kampus und Hans-Jörg Luser ein neues Auto (als Werbeträger) gekauft und eine Auftaktparty im nicht gerade günstigen Kunsthaus geschmissen. Schließlich gilt es, in einem Jahr 600.000 Euro zu verpulvern.

ths

## GRAZER GEMEINDEWOHNUNGEN

# Mieterfreundliche Hausordnung

Ab November bietet das städtische Wohnungsamt mit einer mieterfreundlichen Hausordnung ihren Mieterinnen und Mietern ein neues Service an.

Herkömmliche Hausordnungen zeichnen sich meist durch einen beherrschenden Stil, eine oft missverständlichen Ausdrucksweise und unübersichtliche Gestaltung aus. Oft hängen sie in einem Winkel des Stiegenhauses, wo sie kaum beachtet, geschweige denn gelesen werden.

„Mit der neuen Hausordnung wollen wir in leicht verständlicher Sprache und freundlichem Ton unsere Mieterinnen und Mieter nicht nur auf ihre Pflichten sondern auch auf ihre Rechte aufmerksam machen“, freut sich KPÖ-Stadträtin Elke Kahr.

Mit Piktogrammen (Zeichnungen) versehen, einfach, klar, unmissverständlich gegliedert und auf farbigem Pa-

pier gedruckt, wird die neue Hausordnung künftig den



Schlüsselübergabe mit Stadträtin Elke Kahr in der Vinzenz Muchitsch-Straße.

neuen Mietverträgen beigelegt. Altmietern werden sie persönlich von den zuständigen Hausbesorgern bzw. Hausverwaltern übergeben. Besonders hervorstreichen ist, dass die Hausordnung sehr kinderfreundlich ist und in acht verschiedene Sprachen übersetzt wurde.

Bereits 2004 gewann die städtische Wohnhausverwaltung den im Rahmen einer Kundenzufriedenheitsanalyse durchgeführten Qualitätsvergleich mit privaten Hausverwaltungen bzw. Genossenschaften.

Stadträtin Elke Kahr: „Mit diesem neuen Service wollen wir von der städtischen Wohnhausverwaltung diesem guten Ruf erneut unter Beweis stellen.“

Es sind nämlich oft Kleinigkeiten auf die es ankommt, damit ein gutes Zusammenleben auch für alle möglich ist.“



KPÖ-Klubobmann Josef Schmalhardt kritisiert die Budgetpolitik von ÖVP und SPÖ. Beide haben den Verkauf von städtischen Immobilien um 77 Millionen Euro beschlossen (darunter der Volksgarten und das Rathaus), damit die Stadt 2007 überhaupt handlungsfähig ist. Die KPÖ warnt weiter vor dem großen Kollaps.



GRAZER BUDGET AUF TÖNERNEM FUNDAMENT

# Budget: Stadt verbraucht letzte Reserven

Um das Stadtbudget für 2007 durchzubringen, verkauft die Stadt das Rathaus, Parks und Spielplätze, Schulen und Kindergärten an die Stadt-Gesellschaft GBG. Damit bleiben noch der Kanal, die Gemeindeformen, die Wirtschaftsbetriebe. Deren Verkauf droht fürs Budget 2008...

Unter dem klingenden Namen „Immobilienpaket V“ hat die Rathauseinheit von ÖVP und SPÖ die vorletzten Reserven der Stadt verscherbelt. Sämtliche Parkanlagen vom Volksgarten über den Park beim Hilmteich bis zum Metahofpark, die städtischen Kinderspielplätze, Schulen, Kindergärten und sogar Grundstücke mit Einfamilienhäusern gehören nun der GBG (Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft). Für KPÖ-Klubob-

## GROSSE BROCKEN

**Die Großmannsucht** der Stadt vor dem Kulturhauptstadtjahr 2003 ist die Hauptursache für die Budgetmisere. Enorme Summen wurden für Prestigeprojekte verschleudert: 52 Millionen Euro kostete das Kunsthaus (mehr als 23 davon zahlte die Stadt Graz), 41 Millionen Euro die Stadthalle (18 Millionen zahlte die Stadt). Für das Kulturhauptstadt-Programm zahlte die Stadt mehr als 30 Millionen Euro.

mann Josef Schmalhardt ein Skandal und die Folge einer über Jahre verfehlten Finanzpolitik. Viele Finanzprobleme wurden vom sündteuren Kulturhauptstadtjahr 2003 verursacht. Die Stadt gab dafür zig Millionen Euro aus, die nun fehlen.

## Immobilien um 314 Millionen Euro verkauft

Insgesamt kommen durch dieses fünfte Verkaufspaket 76,6 Millionen Euro in die

Stadtkasse, wobei das Geld unmittelbar im Stadtbudget 2006 aufgeht. Alle fünf Immobilienpakete zusammen genommen haben der Stadt 314 Millionen Euro eingebracht. Jetzt muss die Stadt zwischen 15 und 17 Millionen Euro im Jahr an Miete für die städtischen Immobilien zahlen. Schmalhardt: „Eine verantwortungsvolle Budgetpolitik schaut anders aus. Nach der Verschwendungspolitik rund um 2003 wird nun alles verkauft, was nicht niet- und nagelfest ist. In der Rolle als Sanierer der Stadtfinanzen sind weder Bürgermeister Nagl noch Finanzstadtrat Riedler besonders glaubwürdig.“

## Planlose Planungen

Er zeigte auch die Planlosigkeit der bestimmenden Kräfte in der Stadtregierung auf: „Im Jahr 2004 startete mit viel Aufwand das Projekt Aufgabenkritik, um die Stadtfinanzen zu sanieren. Alle Magistratsabteilungen arbeiteten mit großem Enga-

gement umfangreiche Maßnahmenkataloge aus; mit Einsparvorschlägen für die Jahre 2005, 2006 und 2007. Ein Jahr später war diese Arbeit nicht mehr gefragt.“ Dann gab es wieder die Idee der vorgelagerten, gemeinsamen Festlegung von wichtigen Projekten und Maßnahmen. Mit dieser planlosen Vorgangsweise werden auch die Mitarbeiter des Magistrats verunsichert und demotiviert, meint Schmalhardt.

## Hilfe von oben?

Die Finanzmisere der Stadt Graz ist für den KPÖ-Mandatar aber nicht nur hausgemacht. Zu viele Aufgaben wurden der Stadt vor allem vom Bund übertragen, ohne dass dafür auch Geld in die Kassa kommt. „Daher kann die Stadt auch ohne Hilfe von Bund und Land ihre Finanzprobleme nicht lösen“, so der KPÖ-Klubobmann. Und hält gleichzeitig fest, dass die KPÖ vehement gegen weitere Verkaufsideen ist – etwa bei den Gemeindeformen.

## NEUE STROMFRESSER Brauche ich das digitale Fernsehen?

Das digitale Fernsehen kommt. Der ORF stellt um, die Kosten müssen allerdings die Konsumenten tragen.

Betroffen sind alle, die ihr Fernsehprogramm nicht über Kabel oder digital mit einem Satellitenreceiver mit ORF-Karte empfangen.

Wer ORF 1 und 2 sowie ATV über eine Haus- bzw. Dachantenne empfängt, braucht eine dvb-t-Box, die von den Gebührenzahlern selbst angeschafft werden muss. Für den Betrieb des zusätzlichen Gerätes entstehen



Seit 26. Oktober sendet der ORF in Graz digitale Signale

natürlich auch noch zusätzliche Stromkosten.

Diejenigen, die nun auf das neue Digitalfernsehen umsteigten, brauchen entweder ein neues Fernsehgerät, das die digitalen Signale empfangen kann. Oder sie müssen eine dvb-t-Box kaufen. Sie kostet in allen Geschäften, die Elektrogeräte führen, ab rund 40 Euro. Personen mit Gebührenbefreiung bekommen die Box ebenso günstiger wie jene 100.000 Österreicher, die als

erstes besagte Gutscheine für höherwertige Boxen einlösen. Denn die „Boxen“ sind nicht alle gleich. Die guten Stücke, die beim Teletext mehr können – „mhp-fähig“ sind – gibt es erst über 100 Euro.

Ob die Installation der dvb-t-Box wirklich allen Benutzern ohne professionelle Hilfe gelingt wird sich erst zeigen. Jedenfalls kann festgestellt werden, dass die Modernisierung des Fernsehens auf Kosten der Konsumenten stattfindet.

**Beratung in Wohnungsfragen:  
Wohnungsinformationsstelle (WOIST) mit  
Rechtsberatung**

**Tel. 872 5450, 872 54 51**  
Rechtsberatung findet ab sofort wieder Montag, Dienstag und Freitag in der Zeit von 9 bis 13 Uhr sowie Mittwoch von 15 bis 18 Uhr am Tummelplatz 9 statt. Die Serviceleistung ist wie immer kostenlos und kann ohne vorherige Terminvergabe in Anspruch genommen werden.



**Ausstellung: „ARCHITEKTURANATOMIEN“ von Axel Staudinger**

17.11.06 bis 17.12.06

ORT: Seminar-Galerie-Hasnerplatz, Eichendorffstraße, 6, Graz

TEL.: 0676 387 19 20

Öffnungszeiten : nach tel. Vereinbarung: 0676 387 19 20



**Kein Dachschaden.** Das Grazer Traditionskaufhaus K&Ö hat seinen Dachausbau abgespeckt. Für die UNESCO ist das Projekt nun mit dem Weltkulturerbe vereinbar, der Bebauungsplan soll noch heuer vom Gemeinderat beschlossen werden – in der abgespeckten Form, mahnt die KPÖ.

## Neue Kosten durch neues Digital-TV

Das Stadtblatt fragte, was die Grazer vom digitalen Fernsehen halten und wissen.

*Da hat man sich wieder etwas einfallen lassen, damit die Wirtschaft lebt! Für die armen Leute ist das Wahnsinn, wenn sie sich diese Geräte kaufen müssen, nur, damit sie weiter fernsehen können.* (Renate Strohmeier)



*Nur mit speziellen Receivern kann man das digitale Signal empfangen. Ich wurde über die Medien entsprechend informiert. Mit Gutscheine bekommt man den Receiver um 40 Euro günstiger.* (DI Heinz Autischer, Elektrotechniker)



*Ich habe keine Ahnung, welchen Sinn das haben soll. Vielleicht wirtschaftliche Gründe? Ich bin nicht betroffen, weil wir zu Hause keinen Fernseher haben. Vor allem ältere Leute werden überfordert sein.* (Claudia Knopper, Geburtsbegleiterin)



*Digital ist schick, analog ist out! Es gibt hier zwei Gerätetypen. Der Gutschein gilt nur für alle speziellen TÜV-zertifizierten Geräte mit der besonderen Teletextfähigkeit. Die kosten um mindestens die 40 Euro mehr, die der Gutschein wert ist!* (Thomas Rohrmoser, Softwarebranche)



*Bild und Ton sollen besser werden. In letzter Zeit hört man ja viel zum Thema. Da gibt es neuerdings auch eine ganz nette Werbung. Die Mindestpensionisten bekommen einen Gutschein und können das Gerät im Handel dann günstiger kaufen.* (Karin Dorner, Floristin)



VON ERNEST KALTENEGER ZU ELKE KAHR: GRAZER WOHNUNGSAMT

# Elke Kahr: „Auf keinen

Die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr hat Tag für Tag ein offenes Ohr für die Probleme der Stadt und vor allem für die Sorgen und Nöte der Menschen in Graz, die nicht auf die Butterseite gefallen sind.

Stadträtin gespeist wird.

Im Oktober 2005 hat Elke Kahr das Amt von Ernest Kaltenegger übernommen, der sich nun im Landtagsklub der KPÖ – nur ein Haus weiter – für die Menschen erreichbar ist. Längst ist die neue Wohnungsstadträtin mit viel Erfahrung in der Grazer Kommunalpolitik aus dem Schatten ihre Vorgängers getreten. Einfühlsam, entgegenkommend, stets mit einem offenen Ohr, einer hilfreichen Hand begegnet sie ihren Besuchern – jenen Grazerinnen und Grazern, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind.

Die Sprechstunde geht weiter: Eine junge Frau kommt, sie wurde von ihrem Mann geschlagen, jetzt ist sie geschieden und sucht eine Wohnung. Allerdings kann sie derzeit die Kautions-

Schönen guten Morgen, hier Elke Kahr“, sagt die Grazer Wohnungsstadträtin ins Telefon. Am anderen Ende der Leitung sitzt eine Mitarbeiterin der Energie Graz. Es geht um einen Rückstand bei der Stromrechnung einer Grazerin von 532 Euro; hier hilft Elke Kahr mit ihrem Fonds für Notfälle aus, der aus ihrem Einkommen als



Das Team im Büro der Wohnungsstadträtin: Jurist Alfred Strutzenberger mit Isabella Weber und Stadträtin Elke Kahr.

bezahlen. Die Wohnungsstadträtin greift ihr finanziell unter die Arme.

Oder die Frau, die samt Sohn im Kindergartenalter vorbeischaute. Sie hat eben ihre Gemeindewohnung bezogen, ausgemalt, „mit gebrauchten Geräten eingerichtet. „Jetzt habe ich kein Geld mehr für Lebensmittel, Waschpulver“, erzählt sie.

Ihre nächsten, monatlichen 450 Euro gebe es erst in 10 Tagen. Also gibt es kurzerhand eine einmalige Unterstützung.

Nicht viel, könnte man meinen. Aber die Zahl der Bedürftigen ist groß und das Geld der Stadträtin reicht nicht unendlich weit. Von den rund 78.000 Euro, die sie pro Jahr überwiesen be-



**Ohne Flüssiggas geht es auch.** Die ÖBB haben die geplante Flüssiggas-Station beim Ostbahnhof auf Eis gelegt – dank des unermüdligen Engagements unter anderem von Bezirksvorsteher-Stv. Herbert Wippel. Sein Einsatz gipfelte in einer Demonstration, an der trotz des schlechten Wetters hunderte Menschen teilnahmen. Die anhaltenden Proteste gegen die Gasstation der ÖBB, die in unmittelbarer Nähe zum Wohngebiet beim Ostbahnhof in der Conrad-v.-Hötzendorstraße errichtet hätte werden sollen, zeigten Wirkung. Laut dem Bürgermeisteramt „wird es für die bewilligte Anlage keinen weiteren Vorbereitungsarbeiten geben“. Stattdessen will man über geeignetere Standorte reden. Die hohe Stadtpolitik hat sich nicht zuletzt auch wegen eines Bombenfundes am Ostbahnhof vom Flüssiggaslager distanziert.



**Trauriges Ende.** Seit Wochen läuft der Abverkauf von Büchern und Einrichtungsgegenständen bei der Buchhandlung Kienreich in der Sackstraße. Mit Jahresende ist Schluss mit der Traditionsbuchhandlung, die sich seit 200 Jahren großer Beliebtheit erfreut. Eigentümer Peter Schmelzer schließt die Universitätsbuchhandlung Jos. A. Kienreich weil er in Pension geht. Ein Nachfolger hat sich nicht gefunden.

## BLEIBT ANLAUFSTELLE FÜR WOHNUNGSPROBLEME

# Menschen vergessen!"

kommt, behält sie 1900 Euro pro Monat; alles andere wird für Unterstützungen verwendet – nach dem Motto der KPÖ „Geben statt nehmen“.

Und Möglichkeit zu geben hat sie viel, die zierliche Mitvierzigerin mit der unendlich erscheinenden Energie. Seit ihrem 17. Lebensjahr steht sie im Arbeitsleben.

Auch über Mittag gehen die Sprechstunden oft weiter. Das Büro der KPÖ-Wohnungstadträtin liegt im zweiten Stock des Rathauses, Sekretärin Isabella Weber und Jurist Alfred Strutzenberger sind ihre Mitarbeiter.

Als nächstes kommt ein Mann, der erfreut erzählt, dass seine Familie nun eine größere Wohnung bekommen habe. Allein: In der vorherigen Wohnung ließ man eine Gasetagenheizung einbauen und der Kredit dafür sei noch nicht ganz abbezahlt. „Mit einer Riesensumme rechnen wir eh nicht,

aber wenn wir den Rest nicht bezahlen müssten, wäre uns viel geholfen“, sagt er. „Wir werden eine Lösung finden“, verspricht Elke Kahr.

Den nachmittag nutzt Stadträtin Kahr oft für die Arbeit vor Ort. Sie sucht Gemeindebauten auf, aber auch Menschen, die sich bei ihr gemeldet haben. Stolz ist sie auf die neue, mieterfreundliche Hausordnung (Siehe auch Seite 10). „Ich wurde schon

oft darauf angesprochen, dass hier auch die Rechte der hier lebenden Kinder berücksichtigt werden.“

Die Mindestrentnerin Karoline M., die in einer Genossenschaftswohnung lebt, hat ein größeres Problem: Ihre Waschmaschine verursachte einen Wasserschaden, jetzt braucht sie eine Neue, Boden und Wände müssen renoviert werden. Elke Kahr kümmert sich um das Problem, vermit-

telt sogar Handwerker.

Nächster Termin: Der Boiler ist kaputt, die Hausverwaltung zahlt nicht. Auch hier kann die Wohnungstadträtin helfend eingreifen.

Nach Hause kommt Elke Kahr selten vor 19 Uhr, „das ist früh für mich“, schmunzelt sie. Sie freut sich auf die Abende mit Franz, ihrem langjährigen Lebensgefährten und dem gemeinsamen 15-jährigen Sohn.



## ELKE KAHR

**Die Grazer** Wohnungstadträtin wurde am 2. November 1961 geboren und von ihren Eltern, die im Bezirk Gries wohnen, adoptiert. Nach der Volksschule Neuhardt besuchte sie die HS Andrá und die 3-jährige Handelsschule, bevor sie mit 17 Jahren bei der Kontrollbank zu arbeiten begann. Nebenher büffelte sie für die Abendmatura.

Erste Kontakte zur KPÖ gab es zu dieser Zeit. Ihre soziale Ader, ihr Mitgefühl für die Nachbarn, ihre Abneigung gegen Ungerechtigkeiten fielen bei der KPÖ auf fruchtbaren Boden. Ab 1993 war sie KPÖ-Gemeinderätin, ab 1998 leitete sie den Gemeinderatsklub, seit 2005 ist sie Wohnungstadträtin.



Schreiben Sie uns Ihre Meinung:  
KPÖ-Graz - Elke Kahr  
Lagergasse 98a, 8020 Graz,  
Fax 71 62 91 oder E-Mail:  
[stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at)

Wohnungstadträtin Elke Kahr gratulierte Leopoldine und Rudolf Scheiflinger zur Eisernen Hochzeit (65 Jahre).



**LEND**

**Lehrgang eröffnet**

Mit Beginn des Wintersemesters 2006/07 wurde in der Neubaugasse 10 (gegenüber dem ETAP-Hotel) der Vorstudienlehrgang eröffnet. Das Gebäude, das zuvor längere Zeit leergestanden



war, beheimatet nun auch mehrere Studentenwohnungen. „Unser Bezirk ist wieder ein Stück aufgewertet worden!“, zeigt sich Bezirksvorsteher-Stellvertreter Christian Carli erfreut.

**Murszene 06 – ein voller Erfolg**

Nach der Übersied-

lung des Jazzsommers und der Abwanderung des Trödlermarktes war man besorgt um das Leben am Mariahilferplatz. Aus der Not machten der Bezirksrat Lend und die Wirtschaftstreibenden rund um den Platz mit ihrem Verein „Murgale-

rie“ eine Tugend. Mit viel Unterstützung entwickelten sie die Murszene 06 mit zehn Mal Live-Musik – Blues, Weltmusik und Jazz – vom Feinsten. Rund 6000 Besucher waren begeistert, die Veranstaltung ein voller Erfolg. „Eine Fortsetzung im nächsten Jahr ist geplant“, freut sich Christian Carli.

**WC am Lendkai**

Seit kurzem ist das mobile WC am Lendkai (Höhe Feuerwehr Zillen-Anlegestelle) um zehn Meter versetzt worden und befindet sich unmittelbar neben zwei Parkbänken. „Das stört viele Leute, auch der Geruch ist nicht immer der beste.“, weiß Christian Carli (KP) zu berichten. Unsere Anregung: Das WC soll wieder am bewährten Platz aufgestellt werden.

**Kein Eislaufplatz**

Eislaufen am Mariahilferplatz ist Vergangenheit. Nach der Kritik der Öffentlichkeit und der KPÖ wurde versprochen, dass es im Winter 2006/2007 ab dem Advent einen Eislaufplatz beim Karmeliterplatz geben würde. Jetzt wurde aber bekannt, dass auch das Projekt Karmeliterplatz – angeblich wegen Geldmangel – nicht verwirklicht wird. Das ist sehr schade.

**PUNTIGAM**

**Eröffnung Nahverkehrsknoten**

Am 17. 11. erfolgt die Übergabe des Verkehrsknotens Puntigam, die feierliche Eröffnung findet



am 1. Dezember statt. Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Roswitha Koch freut sich mit den Anrainern der umliegenden Straßen, dass jetzt endlich eine Verkehrsberuhigung in den in den letzten Monaten als „Schleichwege“ benutzten Nebenstraßen abzusehen ist.

**Zweierlei Maß bei Kovac-Halle?**

26.000 m<sup>2</sup> Grundfläche, 270 m Länge, 100 m Breite, 18 m Höhe –

Mag. Franz Harzl, Leiter des aus der Bürgerinitiative hervorgegangenen Vereins „Lebensqualität Puntigam“, warnt vor zahlreichen extremen Missständen rund um das geplante Kovac-Projekt, das als „Industrieinsel“ mitten im Wohngebiet errichtet werden soll. Man hofft, dass die Halle mit „Eisenbearbeitung und Eisenhandel von 0 – 24 Uhr“ am Industriegebiet in der Puchstraße errichtet wird.

**INNERE STADT**

**Sperrstunde**

Die Gastgartensaison ist vorbei. Damit gehören auch die Belästigungen von Anrainern in der Nacht ein paar Monate lang der Vergangenheit an. In Zukunft gibt es eine Neuerung: Hatten bisher die Gestattungsverträge den Gastronomiebetrieben eine Aufräumzeit von 20 Minuten nach der Sperrstunde eingeräumt, ist dies ab sofort nicht mehr möglich. Bezirksvorsteherstellvertreter Franz Stephan Parteder (KPÖ): „Ich sehe darin einen – kleinen – Erfolg der rührigen Bürgerinitiative SPINST. Am generellen Problem ändert das aber leider nichts“.

**WETZELSDORF**

**Nadelöhr Straßganger Straße**

Allein 23.000 PKW befahren täglich die Straßganger Straße. Hinzu kommen vier GVB-Buslinien und der Schwerverkehr. Von der Metro bis zur Karl-Morre-Straße wälzt sich täglich der Stau. „Während man sich im Osten von Graz wenigstens bemüht, gegen die übermäßige Verkehrsbelastung der Wohnbevölkerung vorzugehen, herrscht im Westen weitgehend Schweigen“, konstatiert Bezirksvorsteher Stv. Günther Leber

sind 13 Siedlungen direkt an der Straßganger Straße betroffen, die meisten bewohnt von Mietern der Stadtgemeinde. Die Belastung ist unerträglich, die Bewohner klagen über Husten und Atembeschwerden. Da müssen sich die Verkehrsplaner endlich etwas einfallen lassen. Doch scheinbar ist der Westen von Graz Stiefkind“, ärgert sich Günther Leber.



**GÖSTING**

**Advent**

Am Samstag, dem 2. Dezember, beginnt um 16.00 Uhr an der Endhaltestelle Gösting die feierliche Eröffnung des Advents samt Kulturprogramm. „Erstmals wird dabei auch ein Weihnachtsbaum aufgestellt“, freut sich Bezirksvorsteher-Stv. Gerhard Strohriegl.

**Jahrzehnte für Radweg?**

Bereits zu Zeiten Ruth Feldgrill-Zankels war die



Radwegbindung zwischen Oberer Weid und Auf der Weide versprochen

worden. Im Zuge des Baus des neuen Einkaufszentrums Nord sagte Stadtrat Rüscher wiederum die baldige Realisierung zu. Jetzt soll ein Radweg endlich in den neuen Bebauungsplan aufgenommen werden. „Es wird höchste Zeit“, meint Gerhard Strohriegl.

**GRIES**

**Oh Tannenbaum...**

Bisher wurde der Christbaum am Griesplatz mit 1800 Euro aus dem Bezirksbudget finanziert. Heuer hat der Bezirksrat beschlossen, die Verantwortung für

den Christbaum an den Kulturverein Murvorstadt zu übergeben und das Projekt lediglich teilweise zu subventionieren. Der Grund: „Der Bezirk benötigt das Geld dringend für soziale Zwecke“, betont KP-Bezirksvorsteher Stv. Inge Arzon.

**KPÖ-BEZIRKS- UND GEMEINDERÄTE: VOR ORT FÜR SIE DA****GEIDORF****Wohin mit dem Fahrrad?**

Am 19. Oktober bat KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch per Anfrage an Verkehrsstadtrat Gerhard Rüscher, die Volksschule Muchargasse mit Fahrradabstellplätzen auch vor der Schule auszustatten. Denn nachmittags wird der Schulhof zugesperrt und LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern mit Fahrrad haben dann ein Problem. Hingegen



gibt es genug Parkplätze für Pkw vor der Schule. Diese Zahl müsste zu Gunsten der Fahrräder reduziert werden. Stadtrat Rüscher nahm diese Anregung positiv auf.

**EGGENBERG****Haltestelle „Gemeindeamt“**

Die ehemalige GVB-Haltestelle „Gemeindeamt“ heißt jetzt „Karl-Morre-Straße“. Fahrgäste und Eggenberger ärgern sich darüber: Da der Bezirk bis zum Jahr 1938 eine eigene Marktgemeinde war, heißt ja auch das Bezirksamt bis heute Gemeindeamt. Auf Wunsch der Eggenberger Bevölkerung fasste der Bezirksrat den einstimmigen



Beschluss, die Haltestelle wieder in „Gemeindeamt“ zurückzubenennen. Die GVB denken aber nicht daran, weil eine Umbenennung 1000.-Euro kosten würde. „Unser Beschluss und die Wünsche der Bewohner werden ignoriert, obwohl es schließlich sie sind, die die Straßenbahn der GVB mitfinanzieren“, ärgert sich Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Eva-Maria Fischer.

**WALTENDORF****Kompromiss am Moelkweg**

Das Linksabbiegeverbot von der Waltendorfer Hauptstraße in den Moelkweg für Fahrzeuge, die Richtung stadtauswärts fahren, ist durch eine Zusatztafel teilweise beseitigt: Anrainer dürfen nun weiterhin abbie-



gen. Weil das aber auch von vielen anderen missbraucht wird, hat Stadtrat Gerhard Rüscher Abhilfe und einen Gehsteig im Frühjahr 2007 versprochen. Damit wäre auch das Linksabbiegeverbot hinfällig. KPÖ-Gemeinderat Georg Fuchs: „Es gibt nun Hoffnung, dass es zu einer Lösung kommt, mit der alle leben können. Das Grundproblem, zu viel Verkehr auf dafür nicht geeigneten Straßen, bleibt aber bestehen.“

**ST. PETER****Probleme mit Stellplätzen**

Entlang der St. Peter Hauptstraße gibt es in mehreren Wohnanlagen große Probleme mit PKW-Stellplätzen. In der Vergangenheit wurden zu wenige Parkplätze vorgeschrieben – gleichzeitig nimmt der Bedarf an Abstellflächen ständig zu.

Die Parkraummanagement GmbH (GPG) hat neben der Planung und Errichtung von Park&Ride-Anlagen nun eine Parkplatzbörse im Internet eingerichtet. Unter [www.dauerparken.at](http://www.dauerparken.at) können EignerInnen von Parkplät-

zen ihre Stellplätze anbieten. Wer einen Stellplatz benötigt, kann diese Angebote abfragen und anmieten. Das ist zumindest eine neue Möglichkeit, doch an einen Parkplatz zu gelangen.

Man wird aber zukünftig stärker auf den öffentlichen Verkehr setzen müssen. KPÖ-Gemeinderat Johann Slamanig dazu: „Wir werden gemeinsam mit der Abteilung für Verkehrsplanung der Stadt Graz und der GPG versuchen, an der Lösung dieser Probleme zu arbeiten.“

**LIEBENAU****Bezirksamt zu Service-Center ausbauen!**

Anlässlich der Bezirksratssitzung im Oktober stellte Bezirksvorsteher-Stv. Max Korp (KPÖ) den Antrag, das Bezirksamt Liebenau mit mehr Funktionen zu betrauen. Dieser wurde einstimmig angenommen. „Das Bezirksamt könnte das Pass-, Melde- und das



Fundwesen mitbetreuen. Die kürzeren Wege für die Bezirksbewohner würden sich auch positiv auf die Verkehrsentwicklung auswirken“, ist Max Korp überzeugt.

**STRASSGANG****Profit statt Naherholung?**

Eine BürgerInnenversammlung zum Bebauungsplan für das Wohnbauprojekt hinter der Metro schlägt hohe Wellen. Das Projekt ist Teil einer totalen Verbauung der letzten freien Flächen in diesem Gebiet. Die KPÖ ist für die Erhaltung von Arealen für die Naherholung des Grazer Südwestens – für künftige Generationen.



„Gefahr in Verzug“ heißt es auch bei der Martinhofstraße als „alternativem Verkehrsträger.“ Laut aktuellen Plänen spricht dort vieles für eine vollwertige Durchzugsstraße (nachdem die Straßganger Straße völlig überlastet und regelmäßig „verstaubt“ ist). Die Beteuerung von Stadtrat Gerhard Rüscher bzw. den zuständigen Verantwortlichen, dass „eh nur Gehsteige und Radwege geplant sind“, stößt auf Zweifel der betroffenen BürgerInnen.

**ANDRITZ****Kreuz mit der Kucharkreuzung**

Die Kucharkreuzung mit der nun eigens eingerichteten Linksabbiegespur Richtung stadteinwärts ist endlich fertiggestellt. Doch so rechte Freude kommt dabei nicht auf. „Die Abbiegespur ist viel zu kurz. Außerdem steht die Ampel mitten auf dem Gehsteig und behindert damit die Fußgänger“, ärgert sich KP-Gemeinderätin Gerti Schloffer.

## Teuer: Brandschutz im Hochhaus

Überzogene Brandschutzmaßnahmen für Hochhäuser machen noch immer Probleme. Viele stöhnen unter Kosten bis zu 11.000 Euro.

Die Grazer Feuerpolizei schreibt nach wie vor strikte Brandschutzmaßnahmen für die Hochhäuser vor; man stützt sich dabei auf § 103 des Steiermärkischen Baugesetzes. Viele Wohnungseigentümer sehen sich nun mit gewaltigen finanziellen Belastungen konfrontiert. Die Kosten können pro Wohnung bis zu 11.000 Euro betragen (mit Darlehensrückzahlungen bis zu 109 Euro monatlich auf zehn Jahre).

Die Bewohner meinen, dass vor allem in Graz überzogene Brandschutzmaßnahmen vorgeschrieben werden. „In keinem anderen Bundesland sind sie so scharf formuliert“, meint man bei der Grazer Initiative für Hochhaus-Bewohner (GIHB). Hoffnung setzen nun viele Hochhausbewohner in jenen Unterausschuss des Landtags, der klären soll, wie diese Maßnahmen billiger gemacht werden können.

Denn Sicherheit kann nur in einem finanziell zumutbaren Rahmen geschehen. Brandschutzmaßnahmen dürfen nicht so teuer sein, dass Menschen, die sich ohnehin kein eigenes Haus leisten können, derartig belastet werden. Ist es auf Grund der Sicherheit unmöglich, einzelne Auflagenpunkte zu streichen, dann müssen die Hausbewohner vom Land eine finanzielle Unterstützung erhalten, so der Rettungsanker vieler in der Hochhausinitiative vertretenen Bewohner.

150.000 VON ARMUT GEFÄHRDET

# Arme, reiche Steiermark

46 der 60 ärmsten Gemeinden Österreichs kommen aus der Steiermark, gleichzeitig finden sich bei uns 30 der 285 österreichischen Euro-Millionäre. Der Reichtumsbericht des KPÖ-Bildungsvereins zeigt eine bedenkliche Entwicklung auf.

Die Österreicher sind bei weitem nicht so reich wie uns die Politiker mit ihren Spitzeneinkommen weismachen wollen. Eine Million (von acht) ist hierzulande armutsgefährdet – viele davon leben in der Steiermark. Und während sich Multimillionäre wie Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, Ölbaron Rudi Roth oder Kartonmacher „Baron“ Franz Mayr-Melnhof Saurau samt Kindern, Enkeln und allen weiteren Nachfolgern um ihre Zukunft Sorgen keine Sorgen machen müssen, drehen 150.000 Steirer täglich jeden Cent um. Ihr

mittleres Einkommen macht pro Monat weniger als 848 Euro aus.

Die Kluft ist tief zwischen Arm und Reich, in Österreich wie in der Steiermark. Zehn Prozent der Österreicher besitzen 90 Prozent des Geldes, der Wohnungen und Häuser, der Aktien – sprich des gesamten Vermögens. Die restlichen zehn Vermögensprozente bleiben für die „restlichen“ 90 Prozent der Österreicher übrig.

Die Reichen haben ihr Geld immer lieber in steuerlich extrem begünstigten Stiftungen geparkt. 2.900 davon gibt es in Österreich,

rund 200 Stiftungen findet man in der grünen Mark. Einen sprunghaften Anstieg bei den Stiftungen gab es im Jahr 2000 nach dem schwarzen Machtwechsel. Damals wurden die Weichen dafür gestellt, dass der Zinsertrag für Stiftungen mit 12,5 % besteuert wird – im Gegensatz zu 25 % bei den Spareinlagen der „normalen“ Österreicher.

## Ausgleichende Gerechtigkeit

Ein Ausgleich für mehr Gerechtigkeit ist gefragt. „Durch entsprechende Steuern könnte man einen Ausgleich schaffen“, meint KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger und denkt an eine „Millionärsteuer“ von fünf Prozent für die Österreichischen Euro-Millionäre. Außerdem setzt die KPÖ auf eine „Spekulationssteuer“: Sie soll bei



**Offene Türen bei der KPÖ im Landhaus.** Am 10. Oktober findet jedes Jahr der „Europäische Elternmitwirkungstag in Schulen“ statt, an dem Schulkinder und ihre Eltern gemeinsam etwas unternehmen. Die 4.b. Klasse der Nibelungenschule besuchte das Landhaus. Durch Landstube und Rittersaal ging es zum KPÖ-Klub im 3. Stock, wo Klubobmann Ernest Kaltenegger und die Abgeordneten Renate Pacher, Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler (links) Kinder und Erwachsene begrüßten. Dabei wurden Durst und Hunger gestillt und viele Fragen beantwortet. Eine schöne Abwechslung für alle!

Immobilienpekulationen und Umwidmungen von Freiland in Bauland tragend werden. Die KPÖ schätzt, dass rund 80 Millionen Euro gerechter verteilt und beispielsweise für den sozialen Wohnbau verwendet werden könnten. „Damit ließe sich die Schere zwischen Arm und Reich etwas verringern“, so Ernest Kaltenecker.

### Erben oder Heiraten

Der Weg zum großen Vermögen führt normalerweise nicht über harte Arbeit. Erben oder Heiraten heißt die Devise, alles andere kommt einem Gewinn beim Lotto gleich. Von den 260.000 österreichischen Unternehmern und Freiberuflern werden nur wenige wirklich reich. Drei Viertel von ihnen beschäftigen weniger als fünf Mitarbeiter. Und nur drei Prozent aller österreichischen Unternehmen haben mehr als 50 Beschäftigte, berichtet das Wirtschaftsmagazin „trend“.

Auch als Gehaltsempfänger sind die Aussichten auf große Vermögen ziemlich gering. Das Durchschnittseinkommen der Österreicher beträgt rund 17.700 Euro brutto pro Jahr. Die Spitzengehaltsempfänger (ein Prozent der Gehaltspyramide) können darüber natürlich nur lächeln: Sie verdienen jährlich mehr als 85.900 Euro brutto. Dazu zählt auch die sehr kleine Berufsgruppe der Top-Manager, deren persönlicher Erwerbssinn durchaus ausgeprägt ist. Wie der von OMV-General Helmut Ruttenstorfer mit einer Jahresgage von 2,8 Millionen Euro.



Statistik: Hätte Österreich nur zehn Bewohner, besäße ein Reicher 90 Prozent des Vermögens. Die restlichen neun müssen mit vergleichsweise mickrigen zehn Prozent auskommen.

## MIESE METHODEN

# Vor Operation fristlos entlassen

Reinigungsfirma kündigte Mitarbeiterin wegen Operati-onstermin.

Die guten Sitten hat man in so manchem Unternehmen längst hinter sich gelassen. Etwa in der Salzburger Reinigungsfirma „Dr. Sasse Gebäudedienste GmbH“, die für die Sauberkeit im LKH West zuständig ist. Für besagte Firma war dort die 40-jährige Drava I. im Einsatz. Bis sie im April 2006 am letzten Arbeitstag vor einer Bauchfelloperation fristlos entlassen wurde.

Damit nicht genug, die Firma wandelte den Krankenstand der Mutter von vier Kindern in Resturlaub um –

„um sich ihren Anteil am Krankengeld zu sparen“, vermutet KPÖ-Mandatarin Ulrike Taberhofer – und hat der Frau 30 Arbeitsstunden bis heute nicht ausbezahlt.



KPÖ-Gemeinderätin  
Uli Taberhofer

Drava I. ging zur Arbeiterkammer, die eine Klage gegen die Salzburger Firma eingeleitet hat. Immerhin geht es für die Frau aus Serbien, die eben erst für die neue Staatsbürgerschafts-Prüfung für sich und ihre Familie 4.500 Euro hinlegen musste, um knapp 2.000 Euro.

Für Uli Taberhofer ist das schlicht ein Wahnsinn: „Es ist unmenschlich, jemanden wegen einer Erkrankung

zu kündigen und unerhört, die Rechte der Mitarbeiter so zu umgehen. Es zeigt einmal mehr, dass die Privatisierung der Reinigungsarbeiten zwar Kosten spart, aber

nur zu Lasten der Mitarbeiter geht.“

### RAT UND HILFE

#### Mieterschutzverband Steiermark

Sparbersbachgasse 61  
Tel. 38 48 30  
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)  
Sprechstunden – Bitte  
um tel. Voranmeldung!  
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr  
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr  
[www.mieterschutzverband.at](http://www.mieterschutzverband.at)

### Arm und Reich in der Steiermark –

Reichtumsbericht Steiermark der KPÖ.  
Sie können den Reichtumsbericht kostenlos bestellen:

Es ist genug  
für alle da!

KPÖ-Bildungsverein,  
Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Tel. 0316/ 22 59 31

od. Tel. 0316 / 877 5104  
[bildungsverein@kpoe-steiermark.at](mailto:bildungsverein@kpoe-steiermark.at)



# Pleiten, Pech und Pannen an der Medizin-Universität



Proteste gegen schlechte Bedingungen an der Med-Uni

Foto: Edelturd Ulbl-Taschner

Sebastian Wisiak, Studienvertreter Humanmedizin



## Hausgemacht

Mit der Einführung des Studienplans setzte die Medizinische Universität Graz (MUG) auf ein neues Konzept. Der Patientenkontakt findet nun im ersten Studienjahr statt und zieht sich durch das ganze Studium – ein Erfolg des Studienplans. Der neue Kleingruppenunterricht nimmt aber bisweilen bizarre Formen an.

Vortragende müssen bis zu 15 Mal hintereinander den gleichen Vortrag halten; vor maximal 24 Personen. Für die Lehrenden eine wenig motivierende Belastung. So wie für die Studierenden, die großteils nebenbei arbeiten, weil sie nachmittags oder abends ihre Seminare mit Anwesenheitspflicht besuchen müssen. Alle verlieren.

Es ist verständlich, dass Laborräume nur eine beschränkte Personenzahl zulassen. Aber Vorlesungen sollten doch im großen Rahmen abgehalten werden. Die Lehrenden wären motivierter, die Qualität würde steigen, die Kapazitäten der Universität könnten besser genutzt werden, und nicht zuletzt könnte das Wartelistenproblem beseitigt werden. Bisher war die MUG nicht bereit, einen Schritt in diese Richtung zu setzen.

Es wird also auch weiterhin der Druck der Studierenden notwendig sein, um Verbesserungen durchzusetzen. Wie man sieht, ist geschlossenes Vorgehen der Betroffenen auch der einzige Weg, etwas positiv zu verändern.

## Zuwenig Studienplätze bei Mediziner/inn/en

# „Wir haben Warterei satt“

Normal scheinen Studierende die Leitung der Medizinischen Universität Graz (MUG) nicht zu interessieren. Erst wenn sie öffentlich auf ihre Probleme aufmerksam machen, kümmert man sich um sie.

An der Medizinuni müssen Studierende bis zu zwei Jahre auf bestimmte Lehrveranstaltungen warten. Studiengebühren sind trotzdem zu zahlen. Am 9. Oktober hatte Vizerektor Gilbert Reibnegger den Studierenden noch geraten, nach zwei Semestern ihre Diplomarbeit zu schreiben, um die Wartezeit zu verkürzen. Zeitgleich waren für eine Pflichtlehrveranstaltung, auf die ungefähr 130 angehende Mediziner warten mussten, viele Plätze frei.

### Recht auf Studienplatz

Also bestand eine Gruppe von unnachgiebigen Stu-

denten auf ihrem Recht auf einen Studienplatz. Die an besagter Lehrveranstaltung beteiligten Institute waren sofort bereit, die Studienplätze aufzustocken. Der zuständige Vizerektor lehnte aber ab, ohne sich die Vorschläge der Studierenden anzuhören.

Diese Entscheidung brachte das Fass zum Überlaufen. In einem offenen Brief wandten sich die Studierenden an Rektor Gerhard Franz Walter und verlangten eine Erklärung dafür, dass Lehrveranstaltungen nicht abgehalten wurden, obwohl Personal, Räumlichkeiten und die finanziellen Mittel

zur Verfügung standen.

Vor versammelter Presse und protestierenden Studierenden versuchte Vizerektor Reibnegger noch einmal, die Wogen zu glätten. Man unternähme alles, um die Warteliste abzubauen. Ein Ende der Warteliste sei in zwei Jahren zu erwarten. Auf die Frage einer Studentin, was denn für die Leute auf der Warteliste getan werde, wusste er keine Antwort.

Rektor Walter erklärte die Angelegenheit umgehend zur Chefsache und sprach sich für Gespräche aus, die zum Teil schon stattgefunden haben. Bis jetzt gibt es bescheidene Fortschritte, wie eine Aufstockung um 15 Studienplätze. Die anderen 115 warten allerdings immer noch.

# Salome oder das Treffen der Giganten

VON GERHARD M. DIENES

Die Österreichpremiere der Richard Strauss-Oper 1906 in Graz. Das damalige Super-Erotik-Skandalstück sorgte für Jubel über Jubel.

Vor hundert Jahren erlebte Graz eine musikalische Sensation. Wenige Monate nach ihrer skandalumtosten Uraufführung in Dresden (unter dem aus Graz stammenden Dirigenten Ernst von Schuch) stand die „Salome“ von Richard Strauss österreichweit zum ersten Mal auf dem Programm.

Ein Opernstoff, prall gefüllt mit unverhüllter Erotik und pervers in der schamlosen Darstellung der lüsternen Gefühlswelt am Hofe des Tetrarchen Herodes. Die Wogen waren hochgegangen und in Dresden hatte die Interpretin der Titelpartie ob der gewagten Szenen erklärt: „Ich bin eine anständige Frau“.

In Graz dirigierte der Komponist erstmals selbst seine Oper, deren Aufführung in Wien die Hofzensur (absto-

ßendes Sujet, ein Heiliger auf der Bühne etc.) untersagte und die in New York aus moralischen Bedenken vom Spielplan genommen wurde. Allesamt Bedenken, die das antiklerikale Graz offensichtlich nicht hatte.

Etliche Proben waren erforderlich und die Musiker begegneten der neu getretenen Spieltechnik vorwiegend mit Humor, zum Beispiel mit einem Schüttelreim: „Kein Geiger find't die Strichart

raus beim neu'sten Werk von Richard Strauss.“

Graz stand im Zentrum des Musikinteresses. Zahl-

reiche Prominenz reiste an: Gustav Mahler mit seiner Frau Alma, der Bühnenbildner Alfred Roller, Adele Strauß, die Witwe des Walzerkönigs, Giacomo Puccini, damals schon ein Weltstar, der nun in Strauss einen Konkurrenten hatte, Arnold Schönberg,

er wurde gerade 1906 durch seine Kompositionen als „Teufel der modernistischen Musik“ apostrophiert, Alban Berg und Alexander Zemlinsky.

Die heimische Kultur war vertreten durch den Komponisten des „Evangelimann“, Wilhelm Kienzl, und nach langem Widerstre-

ben durch den Heimatdichter Peter Rosegger. „Es war Jubel über Jubel gewesen“, erinnert sich Alma Mahler an die Vorstellung, in deren Anschluss hitzige Debatten entflamten.

Im Hotel „Elephant“ am heutigen Südtirolerplatz trafen sich Strauss, Schönberg, Zemlinsky, Puccini, Mahler und Kienzl. Dieser erinnert sich: „Als einer behauptete, er würde sich, falls er gezwungen wäre, die Partie der Salome zu memorieren, eher eine Kugel durch den Kopf schießen, erklärte Strauss zur allgemeinen Verblüffung und

Heiterkeit mit der ihm eigenen stoischen Ruhe: „Ich auch.““

Kienzl selbst sprach von „Nervenkunst“ und von „organisiertem Geräusch“ und bezeichnete Strauss als den „Kühnsten aller musikalischen Neuerer“. Sein Freund Rosegger stand der „Salome“ völlig fremd gegenüber und dankte Kienzl für dessen Oper „Der Evangelimann“.

Als Treppenwitz der Geschichte soll auch der junge Adolf Hitler der Premiere in Graz beigewohnt haben. Diese fand ihren literarischen Niederschlag in Thomas Manns



Schon immer lasziv: Salome

Roman „Dr. Faustus“, in dem der fiktive deutsche Tonsetzer Adrian Leverkühn den Weg zur „Salome“ nach Graz findet und über das Werk resümiert „Aber ein Wurf, ein Wurf“.

Auf dieses stadt- und kulturgeschichtlich herausragende Ereignis geht das Landesmuseum Joanneum in Zusammenarbeit mit der Oper Graz in einer Dokumentation ein: **28. Nov. – 17. Dez. im Rauchsalon der Oper**, während der Vorstellungen. **Am 10. Dezember, 11.00 Uhr**, findet in Rauchsalon eine **Matinee** statt: Gerhard Balluch, Otto David und andere lesen: Oscar Wilde, „Salome“. Trauerspiel in einem Akt, Eintritt: 5 Euro.



Die Aufführung der Strauss'schen Salome sorgte für Trubel an der Grazer Oper.

# Was von viel Kultur übrigblieb

Die Stadt hat das Kürzen von Förderungen im Kulturbereich ins Auge gefasst – die Kulturszene bangt um ihre Zukunft. Ein Interview mit KPÖ-Kultursprecher Georg Fuchs über Ursachen und Hintergründe.

*Das Kulturhauptstadtjahr liegt nun drei Jahre zurück. Gibt es die viel gepriesene Nachhaltigkeit tatsächlich?*

**FUCHS:** Nachhaltig sind nur die Probleme, die sich die Stadt damit aufgehalst hat. 2003 gab es vollmundige

Versprechungen für die Kulturszene, Ex-Kulturstadtrat Christian Buchmann erklärte die Kultur zu einem „harten Standortfaktor“, dem auch aus wirtschaftspolitischen Erwägungen eine besondere Bedeutung zukomme. In der

Praxis hat sich das aber nie niedergeschlagen.

Hart ist nur die Realität für all jene Kulturschaffenden, die von Förderverträgen und Subventionen abhängig sind. Das Geld, das 2003 fast schon manisch ausgegeben wurde, teilweise für völlig sinnlose Einzelaktionen ohne jede Bedeutung für eine positive Entwicklung der Szene, fehlt nun an allen Ecken und Enden. Mittlerweile wird das ja selbst von den größten Fans, die damals jede noch so vorsichtige Kritik vehement zurückgewiesen haben, eingestanden.

*Immerhin gibt es jetzt endlich Veranstaltungsorte in Graz, die vorher gefehlt haben.*

**FUCHS:** Schon, aber die Stadt hat das Augenmaß verloren. Jetzt haben wir die Stadthalle, das Kunsthaus, die List-Halle, die Murinsel, den Dom im Berg, das Literaturhaus. Allein die Instandhaltungskosten übersteigen das Budget für tatsächliche Kulturarbeit bei weitem. Dazu kommt, dass zwischen den Spielstätten eine immer stärkere Konkurrenz besteht, da alle für eine möglichst gute Auslastung sorgen müssen. Graz ist aber keine Großstadt und kann nie in allen Spielstätten eine akzeptable Auslastung erreichen. Da aber alles nach streng marktwirtschaftlichen Kriterien geführt wird, bleibt ein großer Teil der weniger finanzkräftigen Kulturinstitutionen trotzdem ohne geeigneten Spielort.

*Was blieb von der Ära Buchmann, welche Akzente hat sein Nachfolger Miedl gesetzt?*

**FUCHS:** Für 2004 wollte Stadtrat Buchmann einen Literaturschwerpunkt setzen. Das war aber ein Alleingang, für den ihm die Unterstützung versagt blieb. Dann hat er erfolglos mit dem Land über Kooperationen auf dem Kultursektor verhandelt und

wollte die Diagonale aus Graz vertreiben, was zum Glück nicht gelungen ist.

Als Krönung seines Wirkens wollte er schließlich Graz zur „Architekturhauptstadt“ machen, ein Titel, den sich jede Stadt selbst verleihen kann. Das Projekt hätte mehrere Millionen gekostet und ist am Widerstand seiner eigenen Fraktion gescheitert.

Sein Nachfolger, Stadtrat Werner Miedl, hat sofort nach Amtsantritt mehrere Bibliotheksstellen geschlossen. Weitere kulturpolitische Aktivitäten habe ich bisher nicht wahrgenommen.



KPÖ Gemeinderat  
Georg Fuchs

Erstaufführung  
**DAS MANIFEST**  
von Berthold Brecht

SprecherInnen: Renate Richter und Alejandro Quintana  
Musik: Syman (Piano) und Torsten Adrian (Schlagzeug)  
Textfassung und Regie: Manfred Wekwerth

Anlässlich seiner Rückkehr aus dem Exil begann Bertolt Brecht das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels in Versform zu bringen. Unter dem Titel „Das Manifest“ sollte es Teil eines größeren Lehrgedichts werden. 1955 kommt Brecht noch einmal auf das Projekt zurück, beendet es aber nicht. „Das Manifest“ bleibt Fragment.

**Do, 30.11.2006, 20 Uhr Freier Eintritt!**  
Volkshaus Graz, Lagergasse 98A, 8020 Graz

Bitte Zählkarten reservieren! Tel. 22 59 31 oder 71 24 79

## KULTURPOLITIK TOP-SECRET

**50 Millionen Euro** machte das Budget des Kulturhauptstadtjahres 2003 aus, die Gesamtkosten waren mehr als das doppelt so hoch. Am Ende reichte das Budget nicht einmal bis zum Jahresende. Die Stunde der Wahrheit folgte beim Budgetbeschluss für 2004. Von Nachfolgeprojekten war keine Rede mehr, stattdessen wurden Zuschüsse gerade für jene Kulturschaffenden gekürzt, die schon vor 2003 mit minimalen Budgets hohe Qualität produziert hatten. Danach fand eine „Evaluation“ der freien Szene statt; die „Leithammel“ im Kulturbetrieb müssen sich keiner externen Kontrolle unterwerfen. Und nun gibt die Stadt durch die Verkürzung des Vertragszeitraums auf zwei Jahre indirekt zu, dass ab 2008 radikale Einsparungen auch auf die Kulturszene zukommen, die 2004 noch als Hoffnungsträger für die wirtschaftliche Entwicklung in Graz gefeiert wurde.

2006: KPÖ IN STADT UND LAND

# Geben statt nehmen

Im Jahr 2006 wuchs die Kluft zwischen Arm und Reich. Spitzenmanager verdienen Unsummen, Otto Normalverbraucher stöhnt unter hohen Kosten für Sprit, Heizung, Strom – fürs Leben eben.

Österreich am Scheideweg: Auf der einen Seite die Spitzenmanager von OMV, Post, ESTAG, BAWAG, die nicht nur durch gewaltige Gehälter auffallen, sondern auch durch gewaltige Fehlleistungen. Auf der anderen Seite die immer größere Zahl an Arbeitern, Angestellten, Pensionisten, die Monat für Monat jeden Cent umdrehen müssen. Eine Million Österreicher lebt an der Armutsgrenze.

Die KPÖ im Landtag machte konsequent gegen diese Missstände mobil; zuletzt mit dem steirischen Reichtumsbericht des KPÖ-

Bildungsvereins, der die ungerechte Geldverteilung in der Steiermark aufdeckt. Eine Gegenmaßnahme: Unter dem Motto „Geben statt Nehmen“ bekommen Steirer in Not einen Gutteil des Gehalts von KPÖ-Politikern. Und mit der Initiative „Wohnen auf Kasernengrund“ kämpft die KPÖ um Bauplätze für mehr leistbare Gemeindewohnungen.

Gleichzeitig geht es für die KPÖ um die Kontrolle

bei den Machenschaften der Mächtigen. Unter KPÖ-Vorsitz brachte ein Untersuchungsausschuss im Landtag Licht ins Dunkel um den Tierpark Herberstein und die Förderungen der Adelsfamilie mit Steuergeldern. Und die KPÖ-Warnungen um das Ökoprotit-Projekt des Umweltamtes, bei dem 100.000e Euro im tunesischen Wüstensand versickerten, gipfelte in der Verurteilung der Beteiligten. Erst der Einsatz des

damaligen Grazer Stadtrates Ernest Kaltenecker machte es möglich, dass nun ein neues Altstadtgesetz für Graz der Baulobby das Verkommenlassen und Abreißen von historischen Häusern schwerer machen wird.

Im Landtag machte die KPÖ erfolgreich gegen die Privatisierung des Trinkwassers mobil – alle Parteien folgten dem KPÖ-Antrag. Den steigenden Heizkosten zum Trotz pochte die KPÖ mit Erfolg auf Fortführung des Heizkostenzuschusses von nunmehr bis zu 120 Euro.



Neues Altstadtgesetz nach Kommodhaus-Abriss



KPÖ brachte Licht in den Herberstein-Sumpf

## Maria Cäsar, Zeitzeugin

Maria Cäsar ist nun seit mehr als 20 Jahren als Zeitzeugin in den steirischen Schulen, aber auch in Erwachsenenbildungseinrichtungen tätig. Was sie dort aus der Geschichte des antifaschistischen Widerstands erzählt, ist ein Stück steirischer Zeitgeschichte. Denn wie keine andere spricht sie ihre Zuhörer – ob jung, ob alt – an.

Anlässlich ihres 86. Geburtstag ist ein Buch erschienen. „Ich bin immer schon eine politische Frau gewesen. Maria Cäsar: Widerstandskämpferin und Zeitzeugin“ nennt sich ihre Lebensgeschichte.

Maria Cäsar wurde 1920 im heutigen Slowenien ge-

boren. Ihre Kindheit und Jugend verbrachte sie in Judenburg, wo sie sich der sozialdemokratischen Jugendorganisation Rote Falken anschloss. Nach deren Verbot 1934 trat sie dem illegalen kommunistischen Jugendverband (KJV) bei, der Widerstand gegen das austrofaschistische Regime leistete. 1941 wurde sie zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, 1944 tauchte sie in Slowenien unter.

1950 zog sie nach Graz, lebte mit ihren beiden Kindern in einer Baracke im



Lendviertel. In Graz wurde sie innerhalb der KPÖ und fortschrittlichen Frauenorganisationen aktiv. So war sie u.a. Vorsitzende des Bundes Demokratischer Frauen in der Steiermark. Als Vorsitzende des steirischen Landesverbandes

ehemals politisch Verfolgter (KZ-Verband) wirkt sie zudem für jene Frauen und Männer, die während der Jahre 1934 und 1945 politisch verfolgt wurden.

**BUCHTIPP:** „Ich bin immer schon eine politische



Frau gewesen.“ Maria Cäsar – Widerstandskämpferin und Zeitzeugin. Hg. v. Heimo Halbrainer, Graz 2006, ISBN-13: 978-902542-00-7, 164 Seiten mit zahlreichen Abb. Euro 12,00

Erhältlich im Buchhandel oder bei CLIO. Fax: 0316 / 35 71 94, E-mail: [verlag@clio-graz.net](mailto:verlag@clio-graz.net), [www.clio-graz.net](http://www.clio-graz.net).

**KLEINANZEIGEN**

**Wohnung**

Wir, meine behinderte Schwester und ich, suchen eine **behindertengerechte 3-Zimmerwohnung** (80-90 m<sup>2</sup>) mit Nasszelle in Frohnleiten oder einem der Grazer Randbezirke. Da wir einen Hund haben, wäre ein kleiner, zur Wohnung gehörender, Garten von Vorteil. Tel. 0650 / 82 13 208.

Beamter und Krankenpflegerin suchen Haus auf **Leibrente**. 0699 / 81 25 73 70.

Alleinstehender Mann, berufstätig, sucht erschwingliche Wohnung in Graz. Tel. 0650/8708 906.

Sonnige **Kleinwohnung** oder Garconniere im Bezirk Wetzelsdorf oder Eggenberg, unbefristet, gesucht, ablösefrei, Anrufe bitte unter Tel: 0650/66 11 411.

**Garconniere** oder kleine Wohnung, wenn möglich Nähe GVB für längerfristig gesucht, keine Ablöse, Anrufe bitte unter Tel: 0650/908 89 88 ab 17.00 Uhr.

**Zu verkaufen**

**Öltank** (ca. 160 Liter) und **Ölofen** mit Sichtfenster, Gussrost, Preis nach Vereinbarung, Hr. Klewein, Neuholdaugassee 73, Graz, Tel. 0664 / 56 41 760.

**Für Körperbehinderte und Senioren**

LONG CHUAN heißt die sanfte Kampfkunst für Körperbehinderte und Senioren. Alle wichtigen Komponenten eines körperlichen Trainings werden mit einbezogen und durch die speziellen Verteidigungstechniken das Selbstvertrauen ge-

**Arbeit gesucht**

Junge, engagierte **Juristin** sucht Tätigkeit. Auch Praktikum oder Karenzvertretung. Tel. 0664/264 4104.

Familienvater sucht dringend **Beschäftigung** im Raum Graz, handwerklich sehr geschickt, Anruf bitte unter Telefon 0699/8116 88 51.

Bin **52, weiblich**, 3 erw. Kinder, flexibel, muss mich beruflich verändern und suche Arbeit im Raum Graz. ZB. Telefonvermittlung, Empfang oder Umgang mit Kunden/innen, Telefon 0676/308 9454 zwischen 13.00 und 17.00 Uhr.

Bin **16 Jahre** und suche dringend **Lehrstelle als Koch oder Bäcker** im Raum Graz. Sehr gutes Zeugnis. Anrufe bitte unter 0316/890 790 zwischen 7.00 und 9.00 Uhr.

**Vermischtes**

4 Monate altes **Rottweilerweibchen** sucht gutes Zuhause. Preis auf Anfrage. Telefon 0699/81106874

Einfacher Mann **ab 72** aus Graz oder Umgebung, gerne mit Behinderung, für Gedankenaustausch und Dauerfreundschaft gesucht. Tel. 58 63 30 von 16-18 Uhr.

Impressum: Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz., Tel. 71 24 79, Fax 71 62 91, email: stadtblatt@kpoe-graz.at, DVR: 0600008

**Thomas Barth:**  
**Bildungspolitik nach dem Geschmack der großen Konzerne**  
Zum Einfluss der Bertelsmann-Stiftung auf die Liberalisierung und Privatisierung des Bildungswesens  
Einladung zu Vortrag und Diskussion  
**21. November 2006 18:00 Uhr**  
**Karl-Drews-Club: Lagergasse 98a/Schützengasse 16 (Volkshaus) 8020 GRAZ**  
Thomas Barth ist freier Lehrbeauftragter für Medienwissenschaft und Ethik an der Uni Hamburg und an der FH Vorarlberg. Er ist Herausgeber des Bandes „Bertelsmann: Ein globales Medienimperium macht Politik“ (2006, Anders Verlag)

**!neu in graz!**  
**„wohnen mit stil“**

in der jakoministraße 22 (nähe jakominiplatz)  
**sensationelle eröffnungsangebote!**  
„ausgefallene wohnideen mit liebe zum detail sind das ergebnis einer raumgestaltung“

**Senioren - Service - Graz**

Viele Seniorinnen und Senioren wünschen sich zwar ab und zu einen Tapetenwechsel oder eine frisch ausgestaltete Wohnung, schrecken aber vor den hiermit verbundenen Arbeiten zurück.  
*Deshalb bieten wir Ihnen diese Arbeiten zu einem moderaten Preis an.*

**Zum Beispiel:** verrücken von Möbeln, abhängen und verstauen von Bildern, Bücher, Geschirr u.s.w. Renovierten Räume werden von uns gereinigt und alles wieder auf seinen Platz gebracht.  
Wir sorgen dafür, dass eine Renovierung nicht zur Strapaze, sondern zu einem freudigen Ereignis wird!  
**Telefon: 0664/973 7340**

**Red:Out! Steiermark:**

**Treffpunkt jeden 1. Montag im Monat im Cafe harry's, Reitschulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28**

**Roter Freitag**

Eine Veranstaltungsreihe der **KPÖ Graz Verein für soziale Stadtentwicklung**  
Alle Veranstaltungen: Volkshaus – Karl-Drews-Club, Schützengasse 16/ Lagerg. 98a, 8020 Graz  
www.kpoe-graz.at

17. November 2006: Beginn 16:30 Uhr  
**„Sowjetische Gedenkstätten in Österreich“** – Dia-Vortrag von Hartmut Sabathy

Veranstaltung der steirischen **Friedenwerkstatt:**  
24. November 2006: Beginn 19:00 Uhr – **„Verbrechen Weltmarkt und die Notwendigkeit einer Utopie“**  
Vortrag und Diskussion mit **Winfried Wolf**

1. Dezember 2006: Beginn 16:30 Uhr  
**„Venezuela vor der Wahl“**  
Vortrag und Diskussion mit Emanuel Tomaselli

**Helfen statt reden**  
**Beratung in allen Lebenslagen**  
**Notruf 0316/ 877 5101**  
in Stadt Land **KPÖ** Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Landhaus – Hinterhaus

## Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Fax 71 62 91 e-post: [stadtblatt@kpoe-graz.at](mailto:stadtblatt@kpoe-graz.at)

### Top-Gehälter für Manager

Die Top-Manager in Österreich verdienen ein Vielfaches ihrer (Mit-)Arbeiter. Wir fragten unsere Leser, was denn angemessen wäre für OMV-General Wolfgang Ruttenstorfer (verdient 2,8 Millionen Euro pro Jahr) und Co. Hier einige Kommentare und Vorschläge:

*Meiner Meinung nach ist das 2-fache mehr als okay.*

Franz Platzer

*Das 5-fache ist mehr als genug! Die Gehälter schnellen am schnellsten dort in die Höhe!*

Ulrike Flakus

*Das 5-fache ist mehr als genug, dazu eine Gewinnbeteiligung bei Geschäftserfolg!*

Kurt Strasser

*Das 1-fache wäre angebracht. Eben nach Leistung bezahlen.*

Franz Hofer

*Die Politiker sollten sich ein Beispiel an Herrn Kaltenegger nehmen und mit dem Supergehalt Gutes tun.*

Inge Kriz

*„OMV-General Ruttenstorfer mit einem feuchten Fetzen davonjagen. Aber auch div. Sportler und besonders Fußballpräsidenten à la H. Kartnig, der angeblich sponsert und bei Pfändungen (anwesend Finanz, Polizei, Kripo) nichts besitzt! Es darf gelacht werden.“*

H. Riederer

*Das 1-fache wäre angebracht. Jeder Pensionist sollte 3.000 Euro erhalten.*

Ingrid Knor

*Das 5-fache ist genug! Zudem sollte der „Wert“ eines Menschen auch von seiner sozialen Verantwortung abhängen, Stichwort Gewinnmaximierung um jeden Preis (Rationalisierungen, Kündigungen), damit die Aktionäre ja zufrieden sind. Wir brauchen „MENSCHLICHE MANAGER“.*

Robert Siller

*Je nach Aufgabe und Verantwortung kann's ruhig ein Vielfaches sein, aber dann mit voller Haftung!!!*

Harald Roffol

*Das 2-fache wäre angebracht, wenn im Vergleich eine alleinerziehende Mutter mit einem Betrag von täglich 15,30 Euro auskommen muss.*

Roswitha Wolfsberger

*Das 2- bis 3-fache wäre angebracht auf Grund der großen Verantwortung. Aber sie sollten auch zur Rechenschaft gezogen werden bei Fehlentscheidungen.*

G. Wendler-Trstenjak

*keit, den Verlockungen und Verführungen der modernen Konsumwelt fortgesetzt zu widerstehen.*

Ing. Harald Schober

### Integration braucht Geduld statt Hass

*Ich lebe seit 29 Jahren in Österreich und fühle mich inzwischen in jeder Hinsicht (sprachlich, beruflich, familiär und im Freundes- und Bekanntenkreis) sehr gut integriert. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass Integration im Laufe der Jahre ganz automatisch geschieht. Dafür braucht es keinen Druck einer politischen Partei.*

*Integration lässt sich nicht erzwingen. Jeder einbürgerungswillige Zuwanderer hat seine eigene kulturelle Prägung. Selbst wenn man wollte, kann man diese nicht einfach auf Knopfdruck entsorgen. In einem fremden Land Fuß zu fassen ist zudem nicht leicht – so vieles ist anders und neu: Sprache, Rechtslage, soziale Verhältnisse, Religion, Landessitten etc. Das Hineinwachsen in die österreichische Gesellschaft braucht also vor allem Zeit und Geduld.*

*Voraussetzung dafür ist, dass man einander mit Toleranz, Akzeptanz und Respekt begegnet! Daher appelliere ich an FPÖ und BZÖ, kein weiteres Öl ins Feuer zu gießen. Mit ihrer Politik schüren sie Vorurteile und Hassgefühle gegenüber Zuwanderern und Neuösterreichern. So erschweren sie nicht nur die Beheimatung von integrationswilligen Menschen, sondern sie belasten auch das tägliche Leben jener Eingebürgerten, die hier bereits eine neue Heimat gefunden haben!*

*Das Zusammenleben im Land ist durch steigende Arbeitslosigkeit und Armut gefährdet. Diese Probleme zu lösen, ohne die Menschen aufeinander zu hetzen, wäre die Aufgabe von tatsächlich sozial orientierten politischen Parteien.*

Benyahia Abdenour

## Geselligkeit und Hilfe für Pensionisten

Den Zentralverband der Pensionisten gibt es seit 1924. Er ist somit der am längsten bestehende Verband für Pensionisten in Österreich.

Ehrenamtliche MitarbeiterInnen helfen alten und behinderten Menschen, indem sie Sozial- und Rechtsberatungen durchführen und Freizeitaktivitäten organisieren. Durch die Teilnahme an Muttertags-, Geburtstags- und Weihnachtsfeiern sowie bei Ausflügen und kulturellen Aktivitäten erleben die älteren Menschen ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und sind gleichzeitig in ein soziales Netz eingebunden.

Wenn Sie Mitglied werden wollen oder Informationen brauchen melden Sie sich bitte von Montag bis Freitag von 10 bis 12 Uhr unter Tel. 71 24 80.



### SPRECHTAGE

des Zentralverbandes der Pensionisten

Montag bis Freitag  
von 10.00 bis 12.00 Uhr  
Lagergasse 98a, 8020 Graz

**Tel. 71 24 80**

um Voranmeldung wird gebeten.

#### Wir helfen und beraten bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Absetzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen

SUPERMACHT EUROPA: PROFITE FÜR WENIGE, PROBLEME FÜR VIELE

# Brandbeschleuniger EU



Das Wahrzeichen der Stadt Brüssel und damit auch der EU-Hauptstadt: Manneken Pis; hier in Verkleidung.

Die EU will die Privatisierung massiv vorantreiben. Weitere Dienstleistungen wie das Gesundheitswesen sollen privaten Investoren überlassen werden.

Die EU wirkt wie ein Brandbeschleuniger in Sachen Sozialabbau. Regeln, die in Brüssel beschlossen werden, führen zu Lohndumping, Privatisierung und zur Senkung von Pensionen und Sozialleistungen. Vieles von dem, was sich in den letzten Jahren in dieser Beziehung in Österreich abgespielt hat, konnte man bereits in der vor langer Zeit auf EU-Ebene beschlossenen Lissabon-Strategie nachlesen.

Kein Wunder: Die EU ist so konstruiert, dass die Interessen des Großkapitals und der verschiedenen Lobbies immer Vorrang vor den Forderungen der arbeitenden Menschen haben.

Beispiele dafür sind die Maastricht-Kriterien und die

Dienstleistungsrichtlinie. Jetzt droht eine neue Gefahr: Es geht um die Liberalisierung von Dienstleistungen im öffentlichen Interesse. Die Europäische Volkspartei (EVP) und Sozialdemokraten haben im EU-Parlament bei einer Abstimmung im September die Weichen dafür gestellt.

## Alarm im Gesundheitsbereich

Die kommunistische EU-Abgeordnete Sahra Wagenknecht aus Deutschland stellt dazu fest: „Einmal mehr haben die Sozialdemokraten gezeigt, dass sie mehrheitlich die Bestrebungen zur weiteren Aushöhlung der öffentlichen Daseinsvorsorge mittragen. Mit dem verabschiedeten Bericht wird einer weiteren Liberalisierungsrunde auch in hochsensiblen Bereichen wie der Gesundheit ein Blankoscheck erteilt. Die EU-Kommission wird es freuen, dass zu ihren Plänen

für weitere Liberalisierungsvorhaben mehrheitlich kein Widerstand aus dem Europäischen Parlament zu erwarten ist. Für die Bevölkerung in der EU heißt dies jedoch, dass nun auch in den wenigen bislang noch geschützten Bereichen der öffentlichen Dienste verstärkte Privatisierungen drohen. Die Konsequenzen sind bekannt: Profite für wenige, steigende Preise und eingeschränkte Leistungen für viele.“

Die steirische KPÖ ist gegen die EU. Wir haben den Beitritt abgelehnt und beteiligen uns auch jetzt nicht am Wettbewerb der herrschenden Parteien, welche die EU schönzureden versuchen. Wir wollen gemeinsam mit möglichst vielen GegnerInnen und KritikerInnen der EU konkrete Verschlechterungen zu verhindern und den Sozialabbau zu stoppen; und stoßen dabei auf immer mehr Zuspruch.

## Ruinöses Glücksspiel: Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

### Umfrage zum Glücksspiel:

Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

### Was halten Sie von einer Standort-Abgabe für Wettcafés? (Bitte ankreuzen)

- 1.) Gute Idee, denn zu groß ist der Schaden bei Spielsüchtigen.
- 2.) Gute Idee, denn die Betreiber verdienen ohnehin Unsummen.
- 3.) Gute Idee, denn die Kriminalität rund ums Glücksspiel steigt.
- 4.) Wozu, die Leute sollen auf sich selbst aufpassen.

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL)



An das

**GRAZER  
Stadtblatt**

KPÖ-Elke Kahr  
Lagergasse 98a  
8020 Graz

Fax: 0316 / 71 62 91



**Das Glücksspiel** ist eine Geißel unserer Zeit. Erst unlängst ließ ein Pärchen in Feldbach seine zwei Kleinkinder nach Mitternacht im eiskalten Auto sitzen, um zocken zu können. Die KPÖ macht gegen diese Droge mobil.

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:  
KPÖ-Elke Kahr,  
Lagergasse 98a, 8020 Graz,  
Fax 71 62 91 oder email:  
stadtblatt@kpoee-graz.at